

Mitteilungen der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

111. Jahrgang
München, Heft 6
Juni 2020
Seiten 245 – 292
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)

Freischaltung der
recherchierbaren Onlineausgabe:
Kundenservice Wolters Kluwer Online
+ 49 (22 33) 37 60 – 70 50
onlineservice@wolterskluwer.com

Inhalt

Beiträge

Tilmann	Erwiderung: Zu einem Unverhältnismäßigkeitsverbot im Patentrecht	245
Fitzner / Munsch	Der patentrechtliche Unterlassungsanspruch – ein Teil einer Familie im deutschen Rechtssystem?	250
Hüttermann	Die Entscheidung G 3/19 oder die Kunst der autoritätswahrenden Konfliktlösung (?)	255
Meitinger	Das Fehlen der Nennung des Erfinders im Gebrauchsmustergesetz	258
Swanson / Canty	Aktuelles aus den USA	259
Lantos	Comment on and grounds of the Decision No. 9/2018 (July 9) of the Constitution Court of Hungary which found that the Unified Patent Court Agreement (UPCA) cannot be promulgated in Hungary	264

Entscheidungen

Patent			
BGH	Urt. vom 14.1.2020, X ZR 144/17 – Rotierendes Menü Wiedergabe von Informationen Leitsätze	271	
Marke			
EuGH	Urt. vom 29.1.2020, C-371/18 – Sky Erklärung zur Benutzungsabsicht des Markenanmelders kein Nichtigkeitsgrund	275	
BPatG	Beschl. vom 26.2.2020, 29 W (pat) 24/17 – Farbmarke Orange Feststellungslast für Verkehrsdurchsetzung einer Farbmarke Leitsätze	280	
Arbeitnehmererfinderrecht			
DPMA Schiedsstelle	Einigungsvorschlag vom 11.4.2018, Arb.Erf. 27/16 – Gemeinschaftserfindung Erfindungswert bei Gemeinschaftserfindung zweier Unternehmen; Verzug bei Vergütungsschuld	284	
DPMA Schiedsstelle	Einigungsvorschlag vom 20.11.2018, Arb.Erf. 35/17 – LOT-Network Vergütung bei inaktiver Lizenz Leitsätze	287	
Wettbewerbsrecht – Leitsätze			290
Verfahrensrecht – Leitsätze			291

Inhalt

Sonstiges – Leitsätze

291

Rezensionen

Appelt	Heath, Japanese Patent Law, Cases and Comments	292
Trimborn	Jörin, Patent- und Know-how-Lizenzvertrag im Konzern	292

Impressum

Schriftleitung

Verantwortlicher Schriftleiter: Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Malte Köllner, Vogelweidstraße 8, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/69 59 60-0, Telefax: 069/69 59 60-22, E-Mail: info@kollner.eu. Weitere Mitglieder der Schriftleitung: Patentanwälte Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Stefan Schohe, München, Dipl.-Biol. Dr. phil. nat. Anastassios Pischitzis, Frankfurt. Einsendungen, die sich auf den Inhalt der Zeitschrift beziehen, sind an die obige Anschrift des verantwortlichen Schriftleiters zu richten. Aufsätze und Bemerkungen geben die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder des Verlages wieder.

Beiträge werden nur zur zeitlich unbeschränkten Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Nutzungsrechte, auch zur digitalen Nutzung (z.B. auf CD und im Internet) und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Carl Heymanns Verlag, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim, Margaretha Pirzer, Telefon 089/36007-32 59, margaretha.pirzer@wolterskluwer.com

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Carl Heymanns Verlag, Wolters-Kluwer-Straße 1, 50354 Hürth, Telefon 0 22 33 / 37 60 - 70 00, Telefax 0 22 33 / 37 60 - 72 01. www.wolterskluwer-online.de/gwrs

Kundenservice: Telefon 02631/801-22 22, e-mail: info-wkd@wolterskluwer.com

© 2020 Wolters Kluwer Deutschland GmbH/Carl Heymanns Verlag

Die Zeitschrift einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne die Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, auch von Teilen der Zeitschrift zum innerbetrieblichen Gebrauch.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint grundsätzlich monatlich. Jahresabonnement inkl. ein Online-Zugang Gesamtpreis 269,00 € inkl. 17,60 € MwSt. zzgl. Versandkosten (18,00 € Inland/35,40 € Ausland). Bei Mehrfachlizenzen zzgl. 1,00 € je Nutzer/Monat zzgl. 7 % MwSt. Vorzugspreis für Bewerber/Studenten 50 % (zzgl. Versandkosten). Aufkündigung des Bezugs bis 30.09. zum Jahresende. Einzelheft 26,90 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink, Telefon 02233/3760-7719, E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Gabriele Wieneber, Telefon 02233/3760-7608, E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 39 vom 1. 1. 2020 berechnet.

Satz: rdz GmbH, Siegburg

Druck: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 0026-6884

22. Jahrgang Nr. 6 Juni 2020

MarkenR

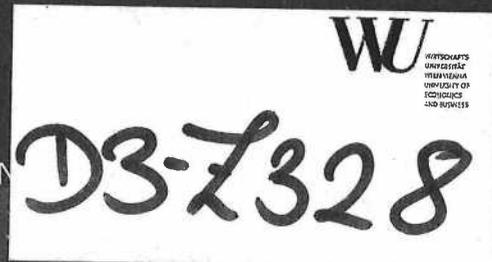
S. 209-244

Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Kennzeichenrecht

Herausgeber

Prof. Joachim Starck
Richter am Bundesgerichtshof a.D.

Prof. Dr. Olaf Sosnitza
Universität Würzburg
Richter am Oberlandesgericht a.D.



Fachbeirat

RAin Dr. Verena
v. Bomhard
Alicante

RA Dr. Alexander Dröge
Markenverband e.V.

Prof. Dr. Maximilian
Haedicke
Universität Freiburg

Prof. Dr. Annette Kur
*Max-Planck-Institut
München*

RA Prof. Dr. Alexander
v. Mühlendahl
München

RA Prof. Dr. Christian
Rohnke
Karlsruhe

Beate Schmidt
*Präsidentin des
Bundespatentgerichts*

.... Aufsätze

Klawitter Die Marke als Instrument zur Monopolisierung sog. Sekundärmärkte _____ 209

Blick ins Ausland:

Madan The burgeoning of trade mark law: An Indian perspective _____ 217

Rechtsprechung

EuGH Gömböc _____ 222
BGH Club Hotel Robinson _____ 228
BPatG Farbmarke Orange _____ 234

Carl Heymanns Verlag

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BVerfG: Vorrangige Klärung der Verfassungsmäßigkeit außer Kraft getretener „Corona-Verbote“ im verwaltungsgerichtlichen Normenkontrollverfahren (3.6.2020 – 1 BvR 990/20)

BGH: Eintragung einer gemeinnützigen Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) (28.4.2020 – II ZB 13/19)

BGH: Irrtum eines Inkassodienstleisters über die Registrierungspflicht nach RDG (10.12.2019 – VI ZR 71/19)

BGH: Zulassung eines Syndikusrechtsanwalts – Arbeitgeberwechsel – Unzulässigkeit des Erlasses eines Erstreckungsbescheids (30.3.2020 – AnwZ [Brfg] 49/19)

OLG Dresden: Soziales Netzwerk darf Account einer „Hassorganisation“ löschen (16.6.2020 – 4 U 2890/19)

OLG Düsseldorf: Anmeldung der Auflösung einer Ein-Personen-GmbH zur Handelsregistereintragung (22.1.2020 – I-3 Wx 52/19)

Gesetzgebung

EU-Kommission: Corona-Warn-Apps sollen grenzüberschreitend funktionieren

BReg: Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft beschlossen

BReg: Gutscheinregelung für Pauschalreisen

BMJV: Neuregelung der Insolvenzabsicherung im Pauschalreise-recht

BReg: 15. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vorgelegt

Aufsätze

Dr. Uwe Salaschek, LL.M., RA, und Laurenz Richter, B.A.

Ad-hoc-Veröffentlichungspflichten nach Art. 17 MAR im kartellrechtlichen Kontext

Der Beitrag untersucht, in welchen kartellrechtlichen Konstellationen Ad-hoc-Veröffentlichungspflichten bestehen können, und stellt Abwägungshilfen zur Verfügung, die Unternehmen die Einschätzung einer Veröffentlichungspflicht erleichtern sollen. Besondere Beachtung findet dabei das von der BaFin im März 2020 veröffentlichte Modul C des Emittentenleitfadens zu den Regelungen der Marktmissbrauchsverordnung.

COVID-19/VertriebsR

Dr. Karl-Heinz Thume, RA

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf nationale und grenzüberschreitende Vertriebsverträge

Die COVID-19-Pandemie – allgemein als Corona-Krise bezeichnet – hat die ganze Welt verändert. Der erforderliche Schutz von Gesundheit und Leben hat fast alle Staaten bewogen Maßnahmen zu ergreifen, die zuvor undenkbar schienen. Diese Beschränkungen haben auch das globale wirtschaftliche Geschehen gravierend beeinträchtigt. Ihre Folgen sind derzeit noch nicht absehbar. Der Beitrag befasst sich als früher Versuch mit einigen Problemen, die daraus im Vertriebsrecht entstanden sind und noch entstehen werden.

Entscheidung

EuGH: Keine Haftung von Amazon für die Lagerung von marken-rechtsverletzenden Waren Dritter (Coty Germany)

(2.4.2020 – C-567/18, Coty/Amazon – dazu BB-Kommentar von

Dr. Boris Uphoff, RA/FA für gewerblichen Rechtsschutz, Solicitor (England and Wales), und **Dr. Veit Lindholz, RA**)

1409

1411

1419

1426

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: EuGH-Vorlage zur Organschaft (7.5.2020 – V R 40/19)

BFH: Beiträge des österreichischen Arbeitgebers an eine österreichische betriebliche Vorsorgekasse als Arbeitslohn (13.2.2020 – VI R 20/17)

Aufsätze

Prof. Dr. Marion Titgemeyer

Steuerliche Behandlung von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer: Kritische Analyse unter besonderer Berücksichtigung des vorliegenden Pandemie-Geschehens

Seit Jahren ist die steuerliche Behandlung von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer ein immer wiederkehrendes Thema in der Fachliteratur. Momentan hat das Thema erneut an Aktualität gewonnen. So arbeitet aufgrund der derzeit herrschenden Pandemie eine große Anzahl an Steuerpflichtigen (erstmalig) im Homeoffice und wendet sich ratsuchend mit Fragen zu den entsprechenden steuerlichen Folgen an ihre steuerlichen Berater. Der Beitrag beschäftigt sich unter Heranziehung einschlägiger Urteile mit der steuerlichen Behandlung von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer, nimmt Stellung zu den Möglichkeiten der steuerlichen Abzugsfähigkeit in der aktuellen besonderen Situation, analysiert diese kritisch und formuliert konkrete Handlungsempfehlungen.

Organschaft

Manuel Brühl, StB, und Dr. Martin Weiss, StB/FBStR

Ertragsteuerliche Organschaft: Variable Ausgleichszahlungen an außenstehende Gesellschafter – BMF-Schreiben zu § 14 Abs. 2 KStG vom 4.3.2020

§ 14 Abs. 2 KStG wurde vor gut zwei Jahren eingeführt, um ein namentlich für kommunale Unternehmen missliebiges Urteil des BFH zur ertragsteuerlichen Organschaft auszuhebeln. Die Vorschrift wurde einschließlich einer rückwirkenden Heilung von auf Grundlage dieser Rechtsprechung gescheiterten Organschaften eingeführt. Spätestens zum Veranlagungszeitraum 2022 müssen bestehende Gewinnabführungsverträge an das neue Recht angepasst werden. Wer dies noch vor sich hat, sollte unbedingt das neue, hier diskutierte BMF-Schreiben beachten.

Prof. Bernd Neufang, StB, und Michael Schäfer, LL.B., StB

Plädoyer für eine pragmatische Umsetzung der temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes

Die Regierungskoalition hat nach einer Marathon-Sitzung am 3.6.2020 ein umfangreiches Maßnahmenbündel verabschiedet, mit dessen Hilfe die deutsche Wirtschaft nach den vergangenen Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie wiederbelebt werden soll. Das offizielle Statement des Bundesfinanzministeriums zu diesem Konjunkturpaket lautet wie folgt: „Um Familien, Unternehmen und Kommunen darin zu unterstützen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie besser zu bewältigen, will die Bundesregierung ein umfassendes Konjunkturpaket auf den Weg bringen.“ Der Koalitionsausschuss hat sich dafür auf Eckpunkte verständigt. Mit dem Konjunkturpaket sollen auch private und öffentliche Investitionen angeschoben und die technologische Modernisierung befördert werden.

Entscheidungen

BFH: Zur Berücksichtigung von Verlusten aus sog. Vollrisikozertifikaten (29.10.2019 – VIII R 16/16 – dazu BB-Kommentar von

Franz Schober, Syndikus-StB)

BFH: Grundsätzliche Bedeutung – Ablaufhemmung – Außenprüfung (4.3.2020 – VIII B 140/19)

1429

1431

1436

1440

Neuerscheinung Buch

Michael Groß, Der Lizenzvertrag

12. Auflage, Juni 2020, ca. 1.300 S., geb., ca. € 179,-

ISBN: 978-3-8005-1723-7 / Infos unter: shop.ruw.de/17237

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1449

Rechnungslegung

WICI: Dokument zu immateriellen Vermögenswerten
FRC: Leitliniendokument zur Berichterstattung im Zusammenhang mit COVID-19

DRSC: Aufruf zur Teilnahme an Einbindungsveranstaltungen zur CSR-Berichterstattung

DRSC: Ergebnisse der FA-Sitzungen vom 25. und 28.5.2020

DRSC: Mitschnitt der 86. Sitzung des IFRS-FA

Wirtschaftsprüfung

IDW: IDW RS HFA 50 – Module IFRS 16-M1, M2 und M3 verabschiedet

IDW: Stellungnahme zum Entwurf eines „Verbandssanktionengesetzes“

IDW: Stellungnahme zur geplanten Novellierung des Immobilienwertermittlungsrechts

IDW: Podcasts zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Abschlussprüfung (Remote-Prüfung)

WPK: Coronavirus – Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen – Forderung nach Anwendungserlass zur geplanten Umsatzsteuerreduzierung

WPK: Coronavirus – Frist zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen wird verschoben

AFCa: Coronavirus – Whitepaper „COVID-19-bezogene GW/TF-Risiken und Auswirkungen auf die Finanzkriminalität“

Aufsatz

Katharina Bienert, WPin/StBin, und Dr. Holger Seidler, WP/StB/RA

1451

Rückwirkung im Handelsbilanzrecht – ABC praxisrelevanter Geschäftsvorfälle

In der Praxis tritt häufig die Frage auf, ob ein Geschäftsvorfall, der im Laufe eines Geschäftsjahres stattgefunden hat, handelsbilanziell als Geschäftsvorfall des vorhergehenden Geschäftsjahres berücksichtigt werden kann oder muss bzw. inwieweit im Geschäftsjahr bereits abgeschlossene Geschäftsvorfälle von einem auf einen anderen Rechtsträger übertragen werden können. Der Beitrag beleuchtet diese Frage generell (Abschn. I.) und untersucht dann verschiedene praxisrelevante Geschäftsvorfälle im Hinblick auf ihre rückwirkende handelsbilanzielle Erfassung (Abschn. II.).

Entscheidungen

BFH: Bewertung der Angemessenheit des Kaufpreises von Mietwohngrundstücken im Privatvermögen – Anschaffungskosten eines Gesellschafters für den Erwerb seiner Gesellschafterstellung – Ergänzungsrechnung (29.10.2019 – IX R 38/17 – dazu BB-Kommentar von **Christian Münch, RA**) 1456

BGH: Abschlussprüfer haftet bei Kapitalanlagen gegenüber dem Anleger allenfalls bei gesetzlichen Pflichtprüfungen (12.3.2020 – VII ZR 236/19 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Michael Zoller, RA, FASrR**) 1457

OLG München: Barabfindung beim Squeeze out – Zur Bestimmung der Marktrisikoprämie in Niedrigzinsphasen (12.5.2020 – 31 Wx 361/18 – dazu BB-Kommentar von **Björn Handke, RA**) 1458

Neuerscheinung Buch

Koch, Corporate Governance case by case

2. Auflage 2019, 248 Seiten, Broschur, € 42,90

ISBN: 978-3-8005-1697-1/ Infos unter: www.shop.ruw.de

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1459

Entscheidungen

BAG: Weitergeltung von Konzernbetriebsvereinbarung nach Share Deal (25.2.2020 – 1 ABR 39/18)

BAG: Zur Einstandspflicht des Arbeitgebers zur bAV (12.5.2020 – 3 AZR 157/19)

BAG: Umfassungszusage im Altvertrag in der bAV (12.5.2020 – 3 AZR 158/19)

BAG: Zur Errichtung eines Gesamtbetriebsrats nach Tarifvertrag (25.2.2020 – 1 ABR 40/18)

Verbände

VDAa: Fragerecht im Einstellungsverfahren nach Vorstrafen und Ermittlungsverfahren eingeschränkt

Aufsatz

Prof. Dr. Gregor Thüsing, LL.M. (Harvard), und Dr. Matthias Denzer

1460

Steine im Puzzle rechtssicherer Betriebsratsvergütung

Gedanken zu BAG, Urteil vom 22.1.2020 – 7 AZR 222/19

Die rechtmäßige Betriebsratsvergütung kann Arbeitgebern viel Kopfzerbrechen bereiten, denn konkrete gesetzliche Vorgaben sucht man vergebens. Naturgemäß hat sich daher eine Rechtsprechungslinie des BAG herausgebildet. Diese wurde nunmehr mit Entscheidung vom 22.1.2020 – 7 AZR 222/19 erweitert. Der Beitrag ordnet das Urteil in die bestehende Rechtslage ein und arbeitet neue Erkenntnisse zur Vergütung von Betriebsratsmitgliedern heraus.

Digitalisierung

Florian Denninger, RiLG

1464

Der Online-Gerichtssaal in Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit – URL auf der Gerichts-Homepage statt Sitzungsaushang: Kommt nun die Online-Justiz?

Die Digitalisierung boomt. Nicht erst seit Corona, sondern schon seit vielen Jahren, siehe Amazon, Facebook, Google. Auch im Rechtsmarkt hat sich einiges getan, siehe LegalTech-Plattformen wie flightright, LexFox (wenigermiete.de), geblitzt.de und viele andere. Die Corona-Krise hat der exponentiellen Wachstumskurve der Digitalisierung lediglich einen Schub gegeben. Die Digitalisierung kommt in ihren vielen Facetten und Möglichkeiten im „Mainstream“ an. Die Justiz muss diesen Weg – mit Augenmaß – mitgehen, und das ist auch gut so. Warum? Weil es höchste Zeit ist.

Entscheidungen

LAG Schleswig-Holstein: Rechtsmissbrauch zur Erzwingung von Aufhebungsvertragsverhandlungen (6.2.2020 – 3 SaGa 7 öD/19 – dazu BB-Kommentar von **Nicolas Wessels, RA, FAArbR**) 1469

Die Erste Seite

Prof. Dr. iur. Alexander Reuter, Attorney-at-Law (New York)/RA, Prof. Dr. iur. habil. Julia Redenius-Hövermann, LL.M., und Prof. Christian Strenger

Verbandssanktionen: Ein falscher Aufschlag!

Impressum/Vorschau

VIII



Herausgeber

Prof. Dr. Helmut Köhler

Prof. Dr. Christian Alexander

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Wolfgang Büscher

Prof. Dr. Franz Hacker

Dr. Gangolf Hess

Prof. Dr. Thomas Koch

Prof. Dr. Stefan Leible

Dr. Reiner Münker

In Zusammenarbeit mit der
Zentrale zur Bekämpfung
unlauteren Wettbewerbs
Frankfurt am Main e.V.

dfv' Mediengruppe
Frankfurt am Main

- Editorial: Prof. Dr. Torsten Körber, LL.M.**
Kartellrecht und Kartellrechtspraxis in Zeiten von COVID-19
- 803 Prof. Dr. Helmut Köhler**
Behördliche Rechtsdurchsetzung – auch im Lauterkeitsrecht?
- 808 Prof. Dr. Tobias Lettl, LL.M.**
Rechtsprechungsübersicht zum Kartellrecht 2019
- 812 Dr. Patrick Hauser und Jun.-Prof. Dr. Jannik Otto**
Rechtsnatur des Kartellschadensersatzanspruchs und normative Korrekturen der Kausalität nach EuGH – Otis (Teil 1)
- 821 Dr. Christian Dienstbühl, LL.M.**
Zur Haftung von Händlern für irreführende Produktbewertungen auf Online-Marktplätzen
- 824 Dr. Christian Peter Hille**
Sind bisherige Vertraulichkeitsvereinbarungen unwirksam?
- 832 Christoph Kleineberg**
Der „more economic approach“ im Referentenentwurf der 10. GWB-Novelle
- 836 Deutsche Homöopathie-Union DHU-Arzneimittel/
Bundesrepublik Deutschland**
EuGH, Urteil vom 23.04.2020 – C-101/19, C-102/19
- 838 AR/Cooper International Spirits u. a.**
EuGH, Urteil vom 26.03.2020 – C-622/18
- 841 A/B**
EuGH, Urteil vom 30.04.2020 – C-772/18
- 843 EIS/TO**
EuGH, Urteil vom 14.05.2020 – C-266/19
- 845**
Kommentar von **Martin Rätze**
- 847 Bestätigung der Anforderungen der prozessualen
Waffengleichheit in äußerungsrechtlichen Eilverfahren**
BVerfG, Beschluss vom 03.06.2020 – 1 BvR 1246/20
- 850**
Kommentar von **Oliver Löffel**
- 851 WarnWetter-App**
BGH, Urteil vom 12.03.2020 – I ZR 126/18
- 861 Internet-Radiorecorder**
BGH, Urteil vom 05.03.2020 – I ZR 32/19
- 868 Trassenentgelte**
BGH, Urteil vom 29.10.2019 – KZR 39/19
- 875 Amazon Marketplace A-bis-z-Garantie**
BGH, Urteil vom 01.04.2020 – VIII ZR 18/19
- 904 (Störer-)Haftung für Google-Adwords-Anzeigen**
OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 19.03.2020 – 6 U 240/19

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beilage: Insolvenzreport 26/2020

ZInsO-Aufsätze

2020 – Cassandras Update	1333
<i>von Rechtsanwalt Dr. Volker Beissenhirtz LL.M. (London), CTP (Fellow, EACTP), Berlin</i>	
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens – Plädoyer für ein schnelles Inkrafttreten	1347
<i>von Richter am Bundesgerichtshof a.D. Professor Dr. Gerhard Pape, Göttingen</i>	
Virtuelle Gläubigerversammlungen in Österreich	1356
<i>von Rechtsanwalt Dr. Stephan Riel, Wien</i>	
Freigabe, Surrogate und Pfändungsschutz	1359
<i>von Dipl.-Rechtspflegerin Sylvia Wipperfürth, LL.M. (com.), Alsdorf/Aachen</i>	

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts	1362
--	------

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

Vorläufige Außervollzugsetzung eines Insolvenzplanes wegen drohender Löschung eines zu Gunsten des Gläubigers eingetragenen Auffassungsvormerkung	1365
<i>BVerfG, Beschl. v. 15. 5. 2020 – 2 BvQ 24/20</i>	
Kein Missbrauch von Akteneinsichtsrecht zur Informationsgewinnung über andere Gläubigerforderungen	1367
<i>BGH, Beschl. v. 7. 5. 2020 – IX ZB 56/19</i>	
Unpfändbarkeit des Taschengeldkontos eines Schuldners in einer Pflegeeinrichtung	1368
<i>BGH, Beschl. v. 30. 4. 2020 – VII ZB 82/17</i>	
Kein Strafklageverbrauch bei staatsanwaltschaftlicher Einstellung	1371
<i>BGH, Beschl. v. 11. 3. 2020 – 4 StR 307/19</i>	
Feststellung von Werthaltigkeit der Forderung im Rahmen einer Verfallsanordnung	1371
<i>BGH, Beschl. v. 14. 1. 2020 – 1 StR 531/19</i>	
Missbräuchliche, vom (Satzungs-)Sitz der Gesellschaft abweichende Verweisung durch Insolvenzgericht	1372
<i>BayObLG, Beschl. v. 19. 5. 2020 – 1 AR 42/20</i>	
Zur Darlegungspflicht eines Insolvenzverwalters im Rahmen eines Prozesskostenhilfeantrags; unentgeltliche Leistung i.S.d. § 134 InsO	1377
<i>OLG Düsseldorf, Beschl. v. 9. 5. 2019 – I-12 U 13/19</i>	
Verfahrenskostenstundung trotz 45.000 € Deliktfordernungen	1381
<i>LG Gera, Beschl. v. 2. 6. 2020 – 5 T 176/20</i>	
• <u>Arbeits- und Sozialrecht</u>	
Arbeitgebereigenschaft des kündigenden ehemaligen Arbeitgebers zum Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung auf Grund des vorherigen Betriebsteilübergangs i.R.d. Kündigungsschutzklage	1382
<i>ArbG Berlin, Urt. v. 1. 11. 2018 – 41 Ca 1674/18</i>	

• **Insolvenzsteuerrecht**

(Keine) Steuerliche Zuflussfiktion bei Mietzahlung von zahlungsunfähiger GmbH an ihren beherrschenden Gesellschafter	1387
<i>FG Münster, Urt. v. 4. 9. 2019 – 4 K 1538/16 E, G (Revision beim BFH unter: III R 58/19)</i>	

3

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brünkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Martin Horstkotte • Präsi. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hütten • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • RA Prof. Dr. Torsten Martini • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH a.D. Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Vors. RiOLG Katrin van Rossum • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RA Ralph Veil • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Notthoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand – **Ehemalige Herausgeber:** • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Wolters-Kluwer-Str. 1, 50354 Hürth
<http://www.wolterskluwer-online.de/insolvenzrecht>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink

Telefon: (0 22 33) 37 60-77 19

E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (0 22 33) 37 60-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Manuskripte und Urteilseinreichungen erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Kathrin Gehrlein

Wolters-Kluwer-Str. 1, 50354 Hürth

Telefon: (0 22 33) 37 60-70 69

E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Einsendung von Entscheidungen

Eingesandte Entscheidungen werden nur dann zur Veröffentlichung angenommen, wenn sie zuvor anonymisiert worden sind.

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

Jahresabonnement: € 738,00

Preis für das Einzelheft: € 29,00

Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 2568-6380

ZZP Zeitschrift für Zivilprozess

ZZP 133. Band · Heft 2 · 2020 · Seiten 133–268 · ISSN 0342-3468

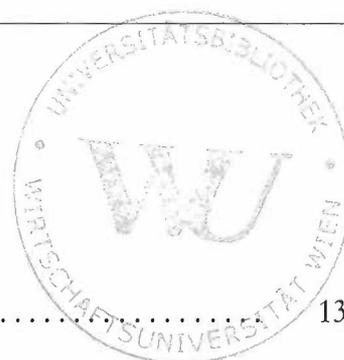
Inhalt

Abhandlungen

- Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Roth*
Strukturen des Zivilrechtsschutzes 135
- Prof. Dr. Dimitris Maniotis*
Subjektive Grenzen der Rechtskraft, Chancengleichheitssatz und
rechtliches Gehör 151
- Dr. Frederick Rieländer, LL.M. (Cambridge)*
Subjektive Grenzen der Rechtskraft bei Prozessführung über belastete und
belastende Rechte 163
- Dr. Julian Rapp, LL.M. (Cambridge)*
Schadensersatz bei der Verletzung von Gerichtsstands- und
Schiedsvereinbarungen 193
- Dr. Daniel Könen, LL.M.*
Die Berufungszuständigkeit als eine kartellrechtsspezifische Frage der
Entscheidungserheblichkeit 231

Rezensionen

- Florian Loyal: Ungeschriebene Korrekturinstrumente im Zivilprozeßrecht
(*Professor Dr. Eberhard Schilken, Bonn*) 261
- Tanja Domej: Internationale Zwangsvollstreckung und Haftungs-
verwirklichung am Beispiel der Forderungspfändung (*Professor Dr. Markus
Würdinger, Passau*) 264
- Michael Sonntag: Die Konsequenzen des Brexits für das Internationale Privat-
und Zivilverfahrensrecht (*Harald Schmitt und Antonius A. Achtner, Berlin*) ... 266



ZHR

Zeitschrift
Handelsrecht und

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z193

3

Christian Grüneberg

Editorial: Zur Zulässigkeit der zivilrechtlichen Billigkeitskontrolle von regulierten Entgelten nach § 315 BGB – ein Streifzug durch Zivil-, Kartell- und öffentliches Recht (253)

Theodor Baums und Julia von Buttlar

Der Monitor im Unternehmensrecht (259)

Andreas Cahn

Sekundäre Schadensersatzpflichten des Aufsichtsrats wegen unterlassener Anspruchsdurchsetzung – Nachlese zur Easy Software-Entscheidung des BGH (297)

Christoph Andreas Weber und

Benedict Kebekus

Diversifizierung und Corporate Governance (324)

Roman Guski

Was wissen Verbände? Zur „Wissenszurechnung“ im Gesellschaftsrecht (363)

Literatur (389)

Inhalt

Editorial

Christian Grüneberg, Zur Zulässigkeit der zivilrechtlichen Billigkeitskontrolle von regulierten Entgelten nach § 315 BGB – ein Streifzug durch Zivil-, Kartell- und öffentliches Recht 253

Abhandlungen

Theodor Baums und Julia von Buttlar, Der Monitor im Unternehmensrecht 259

Andreas Cahn, Sekundäre Schadensersatzpflichten des Aufsichtsrats wegen unterlassener Anspruchsdurchsetzung – Nachlese zur Easy Software-Entscheidung des BGH 297

Christoph Andreas Weber und Benedict Kebekus, Diversifizierung und Corporate Governance 324

Roman Guski, Was wissen Verbände? Zur „Wissenszurechnung“ im Gesellschaftsrecht 363

Literatur

David Negenborn, Bankgesellschaftsrecht und Sonderkonzernrecht, und *Moritz Renner*, Bankkonzernrecht (Rezensent: Prof. Dr. Jens-Hinrich Binder) 389

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

Begründet 1858 von L. Goldschmidt

Herausgegeben von

Professor Dr. *Mathias Habersack*, Ludwig-Maximilians-Universität München
 Professor Dr. Dr. h. c. mult. *Karsten Schmidt*, Bucerius Law School, Hamburg
 Professor Dr. Dr. h. c. *Wolfgang Schön*, Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, München

gemeinsam mit

Professor Dr. *Gregor Bachmann*
 Humboldt-Universität zu Berlin
 Professor Dr. Dres. h. c. *Theodor Baums*
 Universität Frankfurt/Main
 Professor Dr. *Martin Burgi*
 Ludwig-Maximilians-Universität München
 Professor Dr. *Florian Drinhausen*
 Rechtsanwalt, Frankfurt/Main
 Dr. *Christian Grüneberg*
 Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
 Dr. *Peter Hemeling*
 Rechtsanwalt, München

Dr. *Rainer Krause*
 Rechtsanwalt, Düsseldorf
 Professor Dr. *Thomas Mayen*,
 Rechtsanwalt, Bonn
 Professor Dr. *Peter O. Mülberr*
 Universität Mainz
 Professor Dr. Dr. h. c. mult. *Peter-Christian Müller-Graff*
 Universität Heidelberg
 Professor Dr. *Lutz Strohn*
 Richter am Bundesgerichtshof a. D., Karlsruhe
 Dr. *Kathrin Westermann*
 Rechtsanwältin, Berlin



wohnrechtliche blätter:

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z175

wohnrechtliche blätter:wobl

Heft 5 Mai 2020 (33. Jahrgang)

S. 161–188

Aufsätze

RA Mag. Georg Männl

Die Ansprüche des Wohnungseigentumsbewerbers gegen den Wohnungseigentumsorganisator gemäß § 37 Abs 4 WEG

161

Mag. Thorsten Holzer

Das Ende der gewerblichen Wohnraumvermietung in Wien?

167

Rechtsprechung

Nr. 51–60

• MRG

51. MRG-Vollausnahmetatbestand für Ein- und Zwei-Objekthäuser (OGH 27. 11. 2019, 5 Ob 157/19b)

173

52. Untermieter wird nur bei ausschließlichem Umgehungszweck als Hauptmieter anerkannt (OGH 22. 10. 2019, 5 Ob 170/19i)

175

53. Mietrechtsübergang iSd § 12a MRG bei Unternehmensveräußerung (OGH 24. 5. 2019, 8 Ob 153/18k)

176

54. Mietzinserhöhung nach Eintritt in den Mietvertrag des verstorbenen Mieters: Beginn der Verjährungsfrist (OGH 23. 1. 2019, 3 Ob 245/18b)

176

55. Unleidliches Verhalten: unbeachtlichkeit beanstandungsfreier Mietzeit (OGH 3. 4. 2019, 1 Ob 39/19w)

177

• WEG

56. Konkludente Umwidmung von Geschäftslokal auf Wohnung und Anteilsberichtigung (OGH 15. 5. 2018, 5 Ob 179/17k – HRdOGH Hon.-Prof. Dr. Johann Höllwerth) 178

57. Widmung von WE-Objekten folgt aus der privatrechtlichen Einigung der Wohnungseigentümer; Relevanz des Nutzwertgutachtens (OGH 13. 6. 2019, 5 Ob 72/19b) 182

58. Abrechnungs- und Herausgabepflicht des scheidenden Verwalters in Bezug auf die Rücklage (OGH 18. 7. 2018, 5 Ob 80/18b) 183

• Grundbuchsrecht

59. Vorkaufsrecht: Zweifel am Eintritt des Vorkaufsfalls (OGH 25. 4. 2019, 5 Ob 28/19g – Notar Univ.-Doz. Mag. DDr. Ludwig Bittner) 184

• Bauträgervertragsrecht

60. Haftung des Abwicklungstreuühänders, der nicht der Vertragserrichter ist, nach § 12 BTVG (OGH 5. 7. 2019, 4 Ob 48/19s – Mag. Thomas Reich) 186



Impressum 188

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier–TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ



FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT
24. JG. Heft 06, Juni 2020

Zitiervorschlag:
immolex 2020, Seite
immolex 2020/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR
Dr. E. GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL
RA Dr. C. PRADER

SCHRIFTFLEITUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. M. EBERWEIN
Ri Mag. J. KAJNC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
Dr. S. MALAINER
RA Dr. R. PESEK
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER
Dr. A. STARIBACHER

EDITORIAL

Das tägliche Leben mit/nach Corona
Herbert Rainer

169

Impressum

U3

LEITSÄTZE

Nr. 37 – 43

172

DIGITALISIERUNG UND WEG

Der digitale Wohnungseigentumsvertrag

174

Gerade in Zeiten des durch Corona bedingten Lockdowns stellt sich für viele die Frage, inwieweit die tatsächliche Beglaubigung von Unterschriften durch elektronische Beglaubigungen ersetzt werden kann. Dies umso mehr, als im Rahmen der „Corona“-Gesetzgebung Änderungen der Notariatsordnung beschlossen wurden.
Magdalena Brandstetter / Agnes Beck

Die virtuelle Wohnungseigentümerversammlung

177

Der Beitrag widmet sich der Frage, ob eine Wohnungseigentümerversammlung auch virtuell, dh unter Verwendung digitaler Kommunikationsmittel abgehalten werden kann. Ferner soll geklärt werden, welche rechtlichen Grundlagen für eine virtuelle Versammlung einschlägig sein können.
Bernhard Innerhofer / Maximilian Jörg / Marco Lettenbichler / Johannes Reheis

Digitalisierung im Bereich der Wohnungseigentumsverwaltung

181

Martin Troger / Alexander Scheuch

Das digitale schwarze Brett im Lichte des WEG 2002

183

Die Einrichtung digitaler schwarzer Bretter für Wohnungseigentumsanlagen wird bereits jetzt in Teilen Österreichs vorgenommen, doch erfolgt dies regelmäßig lediglich als zusätzliche Ausstattung neben dem bisher ausschließlich vorgenommenen regulären Hausanschlag. Es ist zu prüfen, wie eine vollkommene Umstellung des schwarzen Brettes in digitaler Form mit dem WEG 2002 in Einklang zu bringen ist, insb mit Blick auf den für die gültige Beschlussfassung der Miteigentümer notwendigen Hausanschlag sowie die Sicherung des fort-dauernden Anschlags.
Florian Legit

MIETRECHT

OGH 23. 1. 2020, 6 Ob 234/19 h • Rechnungslegung über die Verzinsung der Kautions (Thomas Jenewein)

184

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

OGH 18. 12. 2019, 5 Ob 40/19 x • Beschlussfassung bei der Geltendmachung von Gewährleistungs- und/oder Schadenersatzansprüchen (Sigrid Rätz)

185

LIEGENSCHAFTSRECHT

OGH 22. 1. 2020, 3 Ob 231/19 w • Haftpflichtige des nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruchs (Nicole Neugebauer-Herl)

189

OGH 21. 1. 2020, 1 Ob 221/19 k • Ersitzung einer Dienstbarkeit (Alexander Klein)

190

VERFAHRENSRECHT

- OGH 16. 1. 2020, 5 Ob 148/19 d • Grundbücherliche Anmerkung eines Besitznachfolgerechts
(*Lukas Till*) 191

LIEGENSCHAFTSRECHT/MAKLERRECHT

- OGH 28. 1. 2020, 4 Ob 242/19 w • Verletzung von Aufklärungspflichten durch einen Immobilienmakler
(*Simone Maier-Hülle*) 193

DATENSCHUTZRECHT

- OGH 27. 11. 2019, 6 Ob 150/19 f • Begriffe im Datenschutz (*Michael Löffler*) 194

IMMOBILIENBESTEUERUNG/EINKOMMENSTEUER

- Die steuerliche Absetzbarkeit von Homeoffice in Zeiten von COVID-19** 197
Durch die Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus waren viele Personen, vor allem Nichtselbstständige, notgedrungen aufgefordert, ihren gewöhnlichen Arbeitsplatz in das eigene Zuhause zu verlegen. Diese Umstellung wirft diverse steuerrechtliche Themen auf. Im Beitrag wird die bestehende Rechtslage zur Abzugsfähigkeit von privaten Arbeitsmitteln sowie eines Arbeitszimmers, welche im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung eingesetzt werden, erläutert.
Karin Fuhrmann / Therese Mika

IMMOBILIENBESTEUERUNG

- BFG 5. 2. 2020,
RV/1100119/2018 • Beteiligung an Miteigentümerschaften bzw Personengesellschaften sind ertragsteuerrechtlich nach dem Durchgriffsprinzip zu behandeln
(*Karin Fuhrmann*) 199
- VwGH 27. 11. 2019,
Ra 2019/16/0179 • Keine unvertretbare Deutung des Vertrags betreffend Überlassung von Grundflächen für Windkraftanlagen als Bestandvertrag
(*Clemens Malainer/Andreas Staribacher*) 201

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

- Zum mietvertraglichen Verbot der Haustierhaltung
Christoph Kothbauer 204



Die RDB. Einfach wie noch nie.
Zuverlässig wie schon immer.

rdb.at/
wo MANZ findet

Aufsätze

Univ.-Prof. Dr. <i>Harald Eberhard</i> : Lebendiges Verfassungsrecht (2015 und 2016)	277
Univ.-Ass. Mag. <i>David Messner</i> : Probleme der Selbsthilfe am Beispiel des Abschleppens unzulässig abgestellter Kraftfahrzeuge (2. Teil)	291

Rechtsprechung

Verfassungsgerichtshof

Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse (VfGH 13.12.2019, G 78-81/2019 ua)	300
--	-----

Ordentliche Gerichte – Zivilsachen

Bewertung aufschiebend bedingter oder unsicherer Rechte im Pflichtteilsrecht (OGH 28.11.2019, 2 Ob 3/19h)	321
Regress des Werkunternehmers gegen örtliche Bauaufsicht (OGH 18.11.2019, 8 Ob 88/19b)	323
Nachvertragliche Verkehrssicherungspflichten betreffend Kundenparkplatz des Einkaufszentrums (OGH 28.05.2019, 4 Ob 13/19v – Ass.-Prof. Dr. <i>Thomas Aigner</i>)	327
Akteneinsicht des Gläubigers betreffend die Abgabe einer Erbantrittserklärung, die Ausschlagung oder den Verzicht auf die Erbschaft durch den Schuldner (OGH 17.12.2019, 2 Ob 37/19h)	331

Anwendungsbereich der Kommerorientenvermutung (OGH 17.12.2019, 2 Ob 62/19k)	333
Anerkennung einer Verstoßung der damit von Anfang an einverstandenen Ehefrau durch den Ehemann (OGH 27.11.2019, 6 Ob 115/19h)	334
Bestreitung der Eigenschaft als Insolvenzforderung bei noch vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens erlassenen Rückstandsausweis über Abgaben- oder Sozialversicherungsforderungen (OGH 05.12.2019, 17 Ob 7/19g)	337

Strafsachen

Nationalsozialistische Propagandawirkung von (einzelnen) Äußerungen (OGH 08.10.2019, 11 Os 115/19z – Univ.-Ass. Mag. <i>Johannes Kramml</i>)	341
Keine Strafverfügung nach vorangehender Hauptverhandlung (OGH 08.10.2019, 11 Os 116/19x)	343

Impressum 344

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF



Ausgewertet im Abstract Service IBZ

wirtschaftsrechtliche blätter:wbl



wirtschaftsrechtliche blätter:wbl

Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht

Mai 2020 (34. Jahrgang)

em. Univ.-Prof. Hans-Georg Koppensteiner

Gemeinschaftsunternehmen im Normenvergleich 241

Univ.-Ass. Mag. Gernot Ehartner und

Univ.-Ass. Mag. Markus Weichbold:

COVID-19: Mietzinsminderung für Geschäftsräume? 250

DDr. Franz W. Urlsberger:

Europarecht: Das Neueste auf einen Blick 259

Rechtsprechung

Nr. 83–100

• Europarecht

83. Kartellrecht: Zu einer Vereinbarung, die den Wettbewerb sowohl ihrem Zweck als auch ihrer Wirkung nach beschränkt (EuGH 2. 4. 2020, Rs C-228/18) 264

84. Verbraucherschutz: Zu den Anforderungen an die zwingenden Angaben in Verbraucherkreditverträgen und der Unzulässigkeit bloßer Kaskadenverweise auf nationale Bestimmungen (EuGH 26. 3. 2020, Rs C-66/19) 267

85. Verbraucherschutz: Zu zinsunabhängigen Kreditkosten in Verbraucherkreditverträgen und Vertragsklauseln, die auf bindenden Rechtsvorschriften beruhen (EuGH 26. 3. 2020, Rs C-779/18) 270

86. Markenrecht: Zum Recht des Markeninhabers, eine Verletzung seiner ausschließlichen Rechte durch Benutzung eines identischen oder ähnlichen Zeichens durch einen Dritten während des Zeitraums vor Wirksamwerden des Verfalls wegen fehlender ernsthafter Benutzung geltend zu machen (EuGH 26. 3. 2020, Rs C-622/18) 273

87. Arbeitsrecht: Zum Übergang der Rechte und Pflichten aus einem Arbeitsvertrag im Fall eines Unternehmensübergangs, an dem mehrere Erwerber beteiligt sind (EuGH 26. 3. 2020, Rs C-344/18) 275

88. Weiteres Urteil (Kurzinformation) 278

• Arbeitsrecht

89. Arbeitszeitregelung (OGH 16. 12. 2019, 8 C)

90. Nachwirkende Führungsaufsicht (OGH 17. 12. 2019, 9 ObA 116/19b) 283

91. Mäßigung einer Konventionalstrafe (OGH 17. 12. 2019, 9 ObA 134/19z) 283

92. Konkurrenzklausel von Gesamtrechtsnachfolge erfasst (OGH 17. 12. 2019, 9 ObA 105/19k) 284

• Unternehmensrecht

93. Zum Verlust der Aktivlegitimation zur Beschlussanfechtung nach Squeeze-out (OGH 29. 8. 2019, 6 Ob 197/18s) 285

94. Zur Geltendmachung von Ansprüchen aus Einlagenrückgewähr – Notgeschäftsführer oder Kollisionskurator (OGH 24. 10. 2019, 6 Ob 71/19p) 288

95. Zur Rücktrittserklärung eines GmbH-Geschäftsführers (OGH 24. 10. 2019, 6 Ob 128/19w) 289

96. Zur Eintragung einer ausländischen Gesellschaft im Firmenbuch bei inländischer Zweigniederlassung (OGH 29. 8. 2019, 6 Ob 40/19d) 289

• Wettbewerbsrecht

97. Zum Vorliegen eines kartellrechtlichen Preismissbrauchs (OGH als KOG 12. 3. 2020, 16 Ok 1/20p) 289

98. Vorabentscheidungsersuchen zum Grundsatz „ne bis in idem“ in Kartellverfahren (OGH als KOG 12. 3. 2020, 16 Ok 2/19h) 294

99. Zur Urteilsveröffentlichung nach § 25 UWG (OGH 28. 1. 2020, 4 Ob 236/19p) 298

• Öffentliches Wirtschaftsrecht

100. Umfang der Vertretungsbefugnis (VwGH 19. 12. 2019, Ra 2019/07/0099) 299

Impressum 300

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

D3-762
/Bat.



Neue Zeitschrift für Kartellrecht

NZKart

Schriftleitung: Rechtsanwalt *Dr. Ulrich Soltész*, Brüssel

6 2020

Editorial

- Thomas Ackermann**
Das europäische Wettbewerbsrecht als Kollateralschaden des PSPP-Urteils des Bundesverfassungsgerichts? 281
- Silke Hossenfelder**
Wer bestimmt die Verfahrensdauer in Fusionsfällen? 283

Aufsätze

- Jannik Otto**
Die wirtschaftliche Einheit und ihre Träger in der Rechtsanwendung – Teil I 285
- Andrea Lohse**
Facebook und die Verarbeitung der off-Facebook-Daten nach der DSGVO: Ein Fall für die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht? 292
- Tobias Schubert**
Der Kabelstreit: unendliche Geschichte trotz BGH auf der Überholspur? 300
- Marcel Nuys/Juliana Penz-Evren**
Beschwerden gegen Untersagungsentscheidungen des Bundeskartellamtes: Eine Sisyphusaufgabe 305
- Fabian Stancke**
EuGH: Verbotgrund und Vermutungswirkungen „bezweckter“ Wettbewerbsbeschränkungen 308

Kurze Beiträge

- Michael J. R. Kremer/Christine Nowak**
Bündelung von Kartellschadensersatzansprüchen – Neue Anforderungen durch das financialright-Urteil? 311
- Knut Werner Lange/Michael Putz**
Langfristige Fernwärmelieferverträge verstoßen nicht gegen das Kartellrecht 313



Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

- EuGH 14. 5.2020 – C-607/18 Zur Ermäßigung einer Geldbuße durch den Gerichtshof 316

Bundesgerichtshof (BGH)

- BGH 28. 1.2020 – EnZR 99/18 Zur Diskriminierung bei der Vergabe von Gaskonzessionen 318
- BGH 7. 4.2020 – KVR 13/19 Zur Begründetheit einer Nichtzulassungsbeschwerde 321
- BGH 24. 3.2020 – KVZ 3/19 Zum „Erheblichkeits“-Kriterium in der Fusionskontrolle 322
- BGH 18. 2.2020 – KZR 6/17 Zur Unwirksamkeit einer unter Vertragspartnern abgestimmten, aber nur einheitlich auszuübenden Kündigung 323
- BGH 18. 2.2020 – KZR 17/17 Zu Sternverträgen mit Nicht-Wettbewerbern 324

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf	24. 4.2020 – VI-Kart 3/19 (V)	Zur Fusionskontrolle in Entsorgungsmärkten	324
OLG Stuttgart	2. 4.2020 – 2 U 88/17	Zu Vertriebs- und Verwendungsbeschränkungen in einem selektiven Vertriebssystem	327
OLG Rostock	5. 3.2020 – 16 U 1/18	Zur kartellrechtlichen Beurteilung eines längerfristigen Fernwärmeliefervertrages	331

Fallberichte des Bundeskartellamtes

Bundeskartellamt gibt den Erwerb der Vossloh Locomotives GmbH durch die chinesische CRRC Zhuzhou Locomotives Co. nach umfangreichen Ermittlungen frei	333
---	-----

ISSN 2195-2833

NZKart

Neue Zeitschrift für Kartellrecht

Schriftleitung/Redaktion:
Rechtsanwalt *Dr. Ulrich Soltész*
(verantwortlich für den Textteil)
Frau *Karin Kammach* (Assistenz)
Rue de Loxum 25
B-1000 Brüssel/Belgien
Tel.: +32 2 551-1020,
Fax: +32 2 551-1039.
E-Mail: ulrich.soltesz@gleisslutz.com

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Sie können nur berücksichtigt werden, wenn sie den Autorenhinweisen entsprechen (<https://rsw.beck.de/zeitschriften/nzkart/autorenhinweise>). Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das

Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in

Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: monatlich.

Bezugspreise 2020 jährlich (inkl. Online-Zugang) € 499,- (inkl. MwSt.), Vorzugspreis für Bezieher der GRUR sowie des beck-online Fachmoduls Gewerblicher Rechtsschutz plus (inkl. Online-Zugang) € 415,- (inkl. MwSt.), Einzelheft: € 49,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zugänglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenserviceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen: 6 Wochen vor Jahreschluss.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.Beck, Bergerstraße 3-5, 86720 Nördlingen.



GmbHR

GmbHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgeber:

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschütz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg

Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze

Prof. em. Dr. Udo Kornblum – Bundesweite Rechtstatsachen zum Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Stand 1.1.2020)

Der Bericht schreibt den des letzten Jahres fort, der sich mit dem Jahr 2018 befasste (GmbHR 2019, 689 ff.). Er lässt erkennen, dass sich der Aufwärtstrend der in den deutschen Handelsregistern eingetragenen Unternehmens- und Gesellschaftsbestände fortgesetzt hat, denn abermals gab es in den zwölf Registerrubriken mehr Zuwächse als Abnahmen. Bestandsvermehrungen wiesen 2019 die Rubriken KG, EWIV, HRA Juristische Person, KGaA, GmbH, VVaG und SE/EA auf, Bestandsminderungen dagegen die Rubriken e.K., OHG, Rechtsform ausländischen Rechts HRA, AG und Rechtsform ausländischen Rechts HRB. Der größte relative Zuwachs fand erneut bei der SE/EA statt, der kleinste wiederum bei der HRA Juristische Person. Die stärksten Abnahmen waren abermals bei der Rechtsform ausländischen Rechts HRB zu finden, die schwächsten bei der OHG. 677

Dr. jur. Dr. phil. Christian Schulte, M.A. – Die neuen „Corona“-Regelungen im GmbH-Recht im Praxistest und im Registerverfahren

Vor dem Eindruck der wirtschaftlichen Auswirkungen der „Corona“-Pandemie hat der Gesetzgeber im Eilverfahren sehr kurzfristig zwei Gesetzesvorhaben zum Gesellschaftsrecht umgesetzt. Ziel ist einerseits, die Beschlussfähigkeit der Gesellschaften zu erleichtern, andererseits die gesellschaftsrechtliche Umsetzung staatlich veranlasster Stabilisierungsmaßnahmen zu unterstützen. Auf den Bereich der GmbH beschränkt und fokussiert soll die „Praxistauglichkeit“ der beiden Novellen auch mit Blick auf das Handelsregisterverfahren und mit praktischen Lösungsvorschlägen zum Vorgehen bei eingeschränkter physischer Präsenz handelnder Akteure dargestellt und untersucht werden. 689

Univ.-Prof. Dr. Lutz Richter / Dipl.-Finw. (FH) Andreas Kortendick, LL.M., StB / Orkun Ekinci, M.Sc. – Tatsächlich, wirklich oder doch wesentlich? – Die Exkulpationsklausel nach dem ATADUmG im Lichte des Unionsrechts

Aufgrund der fortschreitenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft operieren immer mehr Unternehmen über die nationalen Grenzen hinaus. Die Geschäftsbeziehungen zum Ausland rücken dabei auch die Hinzurechnungsbesteuerung (HZB) weiter in den Fokus von Unternehmen und Investoren. Probleme resultieren hieraus, wenn die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen der HZB erfüllt sind und der Ausweg aus dieser nur noch über ihre Exkulpationsklausel (§ 8 Abs. 2 AStG) erfolgen kann. Während deren derzeit geltender Wortlaut eine tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit postuliert, um keine Hinzurechnung von passiven, niedrigbesteuerten ausländischen Einkünften hervorzurufen, lässt sich die HZB nach dem gegenwärtigen Referentenentwurf des ATADUmG in Zukunft nur noch abwenden, wenn die ausländische Gesellschaft einer wesentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit nachgeht (§ 8 Abs. 2 AStG-E). Fraglich ist nun in Bezug auf diese wirtschaftliche Tätigkeit, welche Anforderungen konkret an die ausländische Gesellschaft zu stellen sind. Der Beitrag stellt zunächst die Regelungen der HZB dar, bevor die unionsrechtlichen Rahmenbedingungen skizziert werden, aus denen sich die oberen und unteren Grenzen der HZB ergeben. Schließlich wird sich den Änderungen des § 8 Abs. 2 AStG-E gewidmet und deren Vereinbarkeit mit der grundfreiheitsrechtlichen Rechtsprechung durchleuchtet. Final untersucht der



Beratermodul Steuerrecht – Die Datenbank für die rechtsgebietübergreifende Beratung.
Jetzt 4 Wochen gratis nutzen! www.otto-schmidt.de/bmstr

Inhalt

Beitrag, ob angesichts des sekundärrechtlichen Vorgaben der primärrechtliche Prüfungsmaßstab noch der Richtige ist. Der Beitrag schließt mit einer thesenförmigen Zusammenfassung. 694

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

GmbH-Recht: Einreichung einer Gesellschafterliste ausschließlich zur Ergänzung der nach § 40 Abs. 1 GmbHG n.F. erforderlichen Angaben (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 30.4.2020 – 3 Wx 28/19) *m. Anm. Thomas Wachter* 703

GmbH-Recht: Fehlen einer Veränderungsspalte; Aufnahme der Gesellschafterliste in das Handelsregister (OLG Hamm, Beschl. v. 6.4.2020 – 27 W 26/20) 708

Handelsregister: Zur Eintragungsfähigkeit von Unternehmensverträgen mit Personenhandelsgesellschaften (OLG Köln, Beschl. v. 23.10.2019 – 18 Wx 16/19) 709

Steuerrecht

Gewerbesteuer: Wegfall der Unternehmensidentität kann zu abgekürztem Erhebungszeitraum führen; Identität von „bisherigem“ und „neuem“ Gewerbebetrieb (BFH, Urt. v. 19.12.2019 – IV R 8/17) 711

Gewerbesteuer: Erweiterte Kürzung bei Grundstücksunternehmen; Mitvermietung von Betriebsvorrichtungen (BFH, Urt. v. 28.11.2019 – III R 34/17) 714

Betriebsvermögen: Stiftung & Co. KG keine gewerblich geprägte Personengesellschaft (FG Münster, Urt. v. 27.2.2020 – 3 K 3593/16 F) *m. Anm. Lisa Riedel* 717

Abgabenordnung: Ausschluss von Einwendungen gegen Insolvenztabelle; Einkommensteuer auf vGA zugunsten Geschäftsführer einer insolventen GmbH (FG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 23.1.2020 – 6 K 1497/16) *m. Anm. Burkhard Binnewies* 721

GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

Prof. Dr. Johannes Wertenbruch – Schloss Maurach zur Reform des Personengesellschaftsrechts R196

Unternehmensrecht

COVID-19-Krise: Beglaubigung per Videokonferenz in den Niederlanden – und in Deutschland? (*Stephan Ulrich*) R198

Bundesregierung: Entschärfung von Investitionskontrolle der Supply-Chain auf den letzten Metern (*Stephan Ulrich*) R198

BGH: Schadensrecht und seine fußballerischen Grenzen (*Stephan Ulrich*) R199



Richtungsweisend.

Der neue Kommentar ist ideal für alle, die mit der Gewerbesteuer und ihren komplizierten Hinzurechnungs- und Kürzungstatbeständen kalkulieren müssen: Unternehmer, Berater oder Kommunalfinanzbeamte. Die Herausgeber aus Beratung, Verwaltung und vom Bundesfinanzhof bürgen für eine Kommentierung von höchster Qualität und Klarheit.

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter otto-schmidt.de

Inhalt

Steuer- & Bilanzrecht

BFH: Zur Rückwirkung und zu den Voraussetzungen einer Rechnungsberichtigung (<i>Christian Levedag</i>)	R200
BFH: Teleologische Reduktion des § 3c Abs. 2 EStG bei Zinsen auf Darlehen von Personengesellschaftern (<i>Christian Levedag</i>)	R200
Bundestag: Beschluss des Corona-Steuerhilfegesetzes (<i>Georg Geberth / Martin Bartelt</i>)	R201
Koalitionsausschuss: Einigung auf ein Konjunktur-, Krisenbewältigungs- und Zukunftspaket (<i>Georg Geberth / Martin Bartelt</i>)	R202
Bundeskabinett: Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Multilateralen Instruments (MLI) (<i>Georg Geberth / Martin Bartelt</i>)	R202
BMF: Änderung des Anwendungserlasses zu § 146a AO (<i>Alexander Höhn</i>)	R203

Arbeits- & Sozialrecht

BAG: Kündigungsverbot bei Schwangerschaft vor Dienstantritt (<i>Martin Pröpper</i>)	R203
BAG: Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses aus Anlass von Kurzarbeit (<i>Martin Pröpper</i>)	R204

Wirtschafts-Praxis

Erwerbsbeteiligung von Müttern 2018 (<i>Marianne Gajo</i>)	R205
--	------

Zeitschriftenspiegel

Gesellschaftsrecht	R206
Steuerrecht	R206

Buchbesprechungen

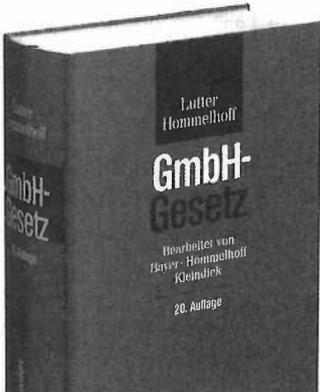
Lutter/Krieger/Verse, Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats (<i>Thomas Kremer</i>)	R206
---	------

Tagungshinweise

9. Jahrestagung des Notarrechtlichen Zentrums Familienunternehmen der Bucerius Law School – „Werte in Familienunternehmen“ (<i>Notarrechtliches Zentrum Familienunternehmen / Bucerius Law School / Hamburg</i>)	R207
--	------

Wussten Sie schon ...

Im **Beratermodul GmbHR** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de



Neuaufgabe

Kompaktes Erfolgsmodell.

Der *Lutter/Hommelhoff* setzt für das GmbH-Recht Maßstäbe. Kompakt gestaltet, aber hochmodern und randvoll mit komplexem Inhalt. Effizient, leistungsfähig und mit richtungsweisenden Lösungen.

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/gk20

Inhaltsverzeichnis

Die erste Seite

Akkreditive in der Corona-Krise – quo vadis?
Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Mainz

Aufsätze:

Die Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes aus der Sicht des Internationalen Privatrechts
Dr. Anne-Christin Mittwoch, Akad. Rätin, Marburg 397

Hybride Rechtsformen für das soziale Unternehmertum
Thomas Schüßler, Wiss. Mitarbeiter, Würzburg, und Dr. Livia Ventura, Avvocato, Rom 405

Das schwedische Öffentlichkeitsprinzip und die deutsche Informationsfreiheit
Lena Pannecke, Rechtsanwältin, Berlin, und Sascha Hurst, Stockholm 411

Local Content Requirements – eine welthandels- und investitionsrechtliche Betrachtung von Lokalisierungsvorgaben im Hinblick auf Nutzen, Chancen und Grenzen
Dr. Constantin Frank-Fahle, LL.M., Rechtsanwalt, Abu Dhabi 418

Länderreporte:

Länderreport Polen
Dr. Monika Behrens, Rechtsanwältin, Warschau 426

Internationales Wirtschaftsrecht:

BVerfG: Durchführung des PSPP-Staatsanleihekaufprogramms der EZB – Verstoß gegen das Grundgesetz (5. 5. 2020 – 2 BvR 859/15 u. a.) 430

EuGH: Anwendungsbereich der EuGVVO – keine umgekehrte Diskriminierung wegen nicht anerkannter nationaler Titel (7. 5. 2020 – verb. Rs. C-267/19 u. C-323/19) 453

EuGH: Speisewagenpersonal in internationalen Zügen – eingeschränkte Anwendbarkeit der Entsenderichtlinie (19. 12. 2019 – Rs. C-16/18) 457

EuGH: Beihilfenkontrolle – Übertragung des Kapitals eines öffentlichen Unternehmens auf ein anderes öffentliches Unternehmen (19. 12. 2019 – Rs. C-385/18) 460

BGH: Anwendbarkeit von Formvorschriften nach IPR – zwingende Anwesenheit der Beteiligten vor deutschen Notaren bei Auflassung über Grundstück im Inland (13. 2. 2020 – V ZB 3/16) 461

RIW-Kommentar
von Professor Dr. Matthias Lehmann und Felix Krysa, beide Bonn 464

BGH: Mit Rezepteinreichung verbundene Gewinnspielwerbung durch Versandapotheken – Vorlage an den EuGH (20. 2. 2020 – I ZR 214/18) 466

BGH: Arzneimittelpreise einer im Ausland niedergelassenen Apotheke – Sofort-Bonus II (20. 2. 2020 – I ZR 5/19) 467

Internationales Steuerrecht und Zollrecht

EuGH: Berechnung der Verzugszinsen bei der Rückerstattung von zu viel gezahlter Mehrwertsteuer (23. 4. 2020 – verb. Rs. C-13/18 u. C-126/18) 468

EuGH: Zollkodex – Unzulässigkeit kumulierter Sanktionen bei Diebstahl von Waren aus dem Zolllager (4. 3. 2020 – Rs. C-655/18) 469

BFH: Einkünftekorrektur nach AstG – Teilwertabschreibungen im Konzern bei Darlehensgewährung bzw. Übertragung von Wirtschaftsgütern (19. 6. 2019 – I R 32/17) 469

Rubriken:

RIW-Aktuell S. IV
RIW-Impressum S. IV

Geschäftsführung: Peter Esser (Sprecher), Sönke Reimers (Sprecher), Markus Gotta, Peter Kley

Leitender Redakteur: Dr. Roland Abele

Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Klaus Peter Berger, LL.M., Köln; Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Birk, Trier; Prof. Dr. Gudula Deipenbrock, Berlin; Prof. Dr. Dres. h. c. Werner F. Ebke, LL.M., Heidelberg; Prof. Dr. Horst Eidenmüller, LL.M., Oxford; Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Stephan R. Göthel, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Jan von Hein, Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Abbo Junker, München; Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Kindler, München; Christian Klein, Paris; Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M., Wien; Prof. Dr. Herbert Kronke, Heidelberg; Prof. Dr. Ulrich Magnus, Hamburg; Prof. Dr. Peter Mankowski, Hamburg; Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Christoph G. Paulus, Berlin; Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Heidelberg; Prof. Dr. Dörte Poelzig, M. jur., Leipzig; Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf A. Schütze, Stuttgart; Prof. Dr. Dr. Peter Sester, St. Gallen; Prof. Dr. Kurt Siehr, Hamburg; Prof. Dr. iur. Dipl. oec. Gerald Spindler, Göttingen; Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Stürner, Freiburg i. Br.; Klaus Vorpeil, Mainz; Prof. Dr. Bernd Waas, Frankfurt a. M.; Dr. Stephan Wilske, LL.M., Stuttgart.

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

1473

Entscheidungen

EuGH: Begriff „Finanzdienstleistungen betreffender Vertrag“ – Änderungsvereinbarung über Zinssatz zu einem Darlehensvertrag nicht erfasst (18.6.2020 – C-639/18)

LG München I: Einstweilige Verfügung gegen die Durchführung einer virtuellen Hauptversammlung nach dem COVID-19-Gesetz (26.5.2020 – 5 HK O 6378/20)

Gesetzgebung

EP/ER: Sammelklagen in der EU künftig möglich

Aufsätze

Dr. Thomas Wachter, Notar

1474

Aufwertung der Liste der Aufsichtsratsmitglieder zu einem allgemeinen Rechtscheinträger

Zugleich eine Besprechung des BGH-Urteils vom 21.4.2020 – II ZR 412/17

Aktiengesellschaften müssen regelmäßig eine aktuelle Liste der Mitglieder des Aufsichtsrats beim Handelsregister einreichen. In der Praxis wurde dieser Verpflichtung bislang aber nicht immer mit der gebotenen Sorgfalt nachgekommen. Dies lag vor allem daran, dass die Publizität des Handelsregisters nicht für die Liste der Aufsichtsratsmitglieder gilt. Dies hat der BGH jüngst nochmals bestätigt. Gleichzeitig hat er die im Handelsregister aufgenommene Liste der Aufsichtsratsmitglieder aber zu einem allgemeinen Rechtscheinträger aufgewertet.

GewerbemietR

Dr. Daniel Bork, RA

1481

Die Schriftform im Gewerbemietrecht – Das Ende des Schreckens oder ein Schrecken ohne Ende?

Eine kritische Bewertung des Gesetzesentwurfs zur Neuregelung des Schriftformerfordernisses im Mietrecht

Das Schriftformerfordernis im Mietrecht bereitet der immobilienwirtschaftlichen Praxis seit Jahrzehnten erhebliche Probleme. Am 20.12.2019 hat der Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schriftformerfordernisses im Mietrecht beschlossen. Es zeichnet sich ab, dass der Gesetzesentwurf sowohl in der rechtswissenschaftlichen Literatur als auch im weiteren Gesetzgebungsverfahren hoch kontrovers behandelt wird. Der Beitrag setzt sich mit den aktuell geltenden Anforderungen an die Schriftform sowie dem neuen Gesetzesentwurf kritisch auseinander. Hierbei soll aufgezeigt werden, dass nunmehr die historische Chance zur Abschaffung oder zumindest zur Entschärfung der Schriftformproblematik besteht, die der Gesetzgeber nicht ungenutzt lassen sollte.

Entscheidung

BGH: Informationspflichten über die Kontaktmöglichkeiten beim Bestellvorgang im Onlineshop – Rückrufsystem II (19.12.2019 – I ZR 163/16 – dazu BB-Kommentar von **Golo Edel, RA**)

1490

Neuerscheinung Buch

Michael Groß, Der Lizenzvertrag

12. Auflage, Juni 2020, ca. 1.300 S., geb., ca. € 179,-

ISBN: 978-3-8005-1723-7 / Infos unter: shop.ruw.de/17237

Steuerrecht

Die Woche im Blick

1493

Entscheidungen

BFH: Rechtsweg im Datenschutzrecht (7.4.2020 – II B 82/19)

BFH: Regelung des Rechts auf Teilnahme einer Gemeinde an Außenprüfung des Finanzamts gegenüber Gewerbesteuerpflichtigen (23.1.2020 – III R 9/18)

BFH: Nachträgliche Beseitigung der Rechtswidrigkeit eines wegen einer vGA geänderten Einkommensteuerbescheids des Anteilseigners (10.12.2019 – VIII R 2/17)

BFH: Kein Übergang von Verlusten i. S. des § 2a Abs. 1 EStG auf Erben (23.10.2019 – I R 23/17)

BFH: Gehörsverletzung durch unzureichende Akteneinsicht und Verwertung von Unterlagen mit Sperrvermerk; Zurückverweisung an einen anderen Senat (28.2.2020 – X B 100/19)

Verwaltung

BMF: Maßnahmen zur Entlastung von Kommunen und der neuen Länder beschlossen

FinMin Sachsen: Sachsen befürwortet Fristverlängerung zur Umstellung von Registrierkassen

Aufsatz

Steuerpakete in Österreich

Prof. Dr. Gunter Mayr

1495

COVID-19: Steuerpakete in Österreich und für eine Krise

Das Coronavirus hat die ganze Welt in einen Ausnahmestand versetzt. In Österreich wurde ab 16.3.2020 ein „Lockdown“ verhängt, der ab 14.4.2020 stufenweise wieder gelockert werden konnte. Vor allem am Beginn des Lockdown herrschte in Österreich auch große wirtschaftliche Verunsicherung und der österreichische Gesetzgeber reagierte mit beispiellosen Gesetzespaketen. Der Beitrag gibt einen Überblick zu den steuerlichen COVID-19-Maßnahmen in Österreich und geht abschließend der Frage nach, wie krisenfit das geltende Steuerrecht in Deutschland wie in Österreich ist.

Entscheidungen

BFH: Aufrechnung des FA mit Erstattungsansprüchen aus Umsatzsteuer bei nicht erkannter Organschaft im Insolvenzverfahren (15.10.2019 – VII R 31/17) 1499

BFH: Berichtigung der fehlerhaften Festsetzung eines ordnungsgemäß erklärten Veräußerungsgewinns i. S. d. § 17 EStG im Einkommensteuerbescheid trotz „6-Augen-Prinzip“ (10.12.2019 – IX R 23/18) 1502

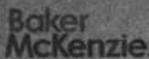
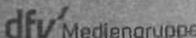
BFH: Steuerbefreiung nach § 6a GrEStG (22.8.2019 – II R 18/19 [II R 62/14] – dazu BB-Kommentar von **Dr. Philipp Wösthoff, Syndikus**) 1505

Betriebs
Berater



5. FRANKFURTER STEUERKONGRESS

28. OKTOBER 2020, FRANKFURT AM MAIN
WWW.FRANKFURTER-STEUERKONGRESS.DE

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1510

Rechnungslegung

BfJ: Aktualisierung der Hinweise zur Offenlegung von Jahresabschlüssen

DRSC: Bericht über die 86. Sitzung des IFRS-FA am 8.6.2020

DRSC: Wesentliche Erwägungen für den Halbjahresabschluss und Überarbeitung des Anwendungshinweises 3

Wirtschaftsprüfung

IDW: Corona-Virus – Auswirkungen auf Wertminderungen von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 zum 30.6.2020 bei Banken

IDW: Mahnung zu zügigem EU-Endorsement der coronabedingten Erleichterungen vom IASB

IDW: Stellungnahme zum Review of the Non-Financial Reporting Directive

Finanzierung

Europäisches Parlament: Annahme der Taxonomie-Verordnung

BdB: Anpassung der Eigenkapitalregeln für Banken ermöglicht zusätzliche Kreditvergabe an Unternehmen

Aufsätze

Konzernrechnungslegung

Michael Deubert, WP/StB, und Dr. Stefan Lewe, WP/StB

1512

Praxisfragen zur Erstanwendung des DRS 26

Der Deutsche Rechnungslegungsstandard DRS 26 „Assoziierte Unternehmen“ behandelt die Abbildung von assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode (§ 312 HGB) im handelsrechtlichen Konzernabschluss (KA) ausführlicher als der Vorgängerstandard (DRS 8) und konkretisiert dabei eine Reihe von nicht im Gesetz geregelten Zweifelsfragen. Im Beitrag erläutern die Autoren anhand von Beispielen ausgewählte Praxisfragen bei Anwendung des DRS 26 und zeigen auf, wie dabei entstehende besondere Fallkonstellationen mit Hilfe der Regelungen des DRS 26 gelöst werden können. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2019 begonnen haben, anzuwenden; eine frühere Anwendung wird empfohlen.

Dr. Sebastian Leidel, RA, und Nico Rosenfelder, M.Sc.

1517

Buchwertübertragungen nach § 6 Abs. 5 S. 3 EStG – neue Rechtsprechung zur Körperschaftsklausel des § 6 Abs. 5 S. 6 EStG

Zugleich Anmerkung zu FG München, 10.7.2019 – 7 K 1253/17

Der Buchwertansatz bei Übertragungen nach § 6 Abs. 5 S. 3 EStG steht u. a. unter dem Vorbehalt, dass innerhalb der nachfolgenden sieben Jahre keine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung einer Körperschaft an dem übertragenen Wirtschaftsgut begründet oder erhöht wird (§ 6 Abs. 5 S. 6 EStG). Nicht abschließend geklärt ist, ob ein entsprechender rückwirkender Teilwertansatz auch dann zu erfolgen hat, wenn es vor oder im Zuge einer solchen Beteiligungsbegründung oder -erhöhung zu einer Aufdeckung der in dem Wirtschaftsgut verhafteten stillen Reserven kommt. Mit Urteil vom 10.7.2019 hatte das FG München – soweit ersichtlich erstmals in der veröffentlichten finanzgerichtlichen Rechtsprechung – Gelegenheit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. In dem Beitrag stellen die Autoren die wesentlichen Aspekte des Urteils und die Auswirkungen in der Praxis dar.

Entscheidung

BFH: Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten (hier: Räumung eines Baustellenlagers und Rücktransport des Materials)

1520

(22.1.2020 – XI R 2/19 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Martin Büning, RA/StB)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1523

Entscheidungen

BVerfG: Versagung einstweiligen Rechtsschutzes gegen Entlassung aus Widerrufsbeamtenverhältnis verfassungswidrig (9.6.2020 – 2 BvR 469/20)

BAG: Ermächtigung nach § 185 BGB bei Kündigungen (27.2.2020 – 2 AZR 570/19)

AG: Begriff des Bewerbers i. S. d. AGG (23.1.2020 – 8 AZR 484/18)

BAG: Informationspflichten des Arbeitgebers in der bAV (18.2.2020 – 3 AZR 206/18)

BAG: Zur Wiedereinstellung nach § 6c Abs. 1 S. 4 SGB II (28.1.2020 – 9 AZR 493/18)

BAG: Keine Hinweispflicht des BAG auf rechtliche Gesichtspunkte bei zuvor veröffentlichter Pressemitteilung (3.6.2020 – 3 AZR 255/20 (F))

BAG: Bestimmung von Gesamt- und Teiltätigkeiten bei Ein- und Umgruppierungen (26.2.2020 – 4 ABR 19/19)

BAG: Vorlage an EuGH zu Mehrarbeitszuschlägen bei Mindestjahresurlaub (17.6.2020 – 10 AZR 210/19 (A))

LAG Düsseldorf: Auflösung eines Betriebsrats wegen Weigerung zur Zusammenarbeit (23.6.2020 – 14 TaBV 75/19)

LAG Nürnberg: Streitwert bei Klage auf Unterlassung ehrverletzender Äußerungen (3.6.2020 – 2 Ta 57/20)

Aufsatz

COVID-19

Ron-Jo Koenen und Thomas Lehnart

1525

Schutzpflichten des Arbeitgebers für die Gesundheit der Beschäftigten

Arbeits- und strafrechtliche Aspekte am Beispiel der Coronapandemie

Das neuartige Virus SARS-CoV-2, auch bekannt als Coronavirus, hält die Welt seit Monaten in Atem. Infolge von Kontaktbeschränkungen und Versuchen des „Social-Distancing“ war der Arbeitsplatz für viele lange einer der wenigen Orte des regelmäßigen direkten Kontaktes mit anderen. Aus Infektionsschutzsicht ein beachtliches Risiko, weshalb das Bestreben, Beschäftigte an ihrem Arbeitsplatz besonders zu schützen, nachvollziehbar ist. Zentrale Figur des betrieblichen Gesundheitsschutzes ist der Arbeitgeber. Er ist in der Position, Schutzmaßnahmen im Betrieb zu organisieren. Das Arbeitsrecht verlangt daher sein Eintreten für den Schutz der Belegschaft. Was aber geschieht, wenn der Arbeitgeber nichts oder zu wenig unternimmt? Muss er mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen? Diesen Fragen soll mit dem vorliegenden Beitrag nachgegangen werden.

Entscheidung

BAG: Konkretisierung der Kriterien zur Anpassungsprüfung durch den institutionellen Zuwendungsempfänger

1532

(18.2.2020 – 3 AZR 492/18 – dazu BB-Kommentar von

Jörn Manhart, RA)

Die Erste Seite

Dr. Christian Ley, RA/FAArbR

Reisezeitvergütung: (K)eine Überraschung – Unentgeltlich nur bei wirksamer Vereinbarung

Veranstaltungsbericht

VI–VII

Die insolvenzrechtlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und die Umsetzung der EU-Restrukturierungsrichtlinie – BB Fachkonferenz am 17.6.2020 in Frankfurt a. M.

Impressum/Vorschau

VIII

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brünkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • Prof. Dr. Torsten Martini • Prof. Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Vors. RiOLG Katrin von Rossum • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RA Ralph Veil • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OSTA Raimund Weyand

Inhaltsverzeichnis**ZInsO FOKUS – Hintergründe und Aktuelles****ZInsO-Beilage: Insolvenzreport 27/2020****ZInsO FOKUS – Außergerichtliche Sanierung und Restrukturierung**

COVID-19: Katalysator für die Transformation der Digitalen Transformation 1393
von Dipl.-Kfm. Jan Rodig, Augsburg und Dipl.-Volkswirt Georgiy Michailov, Freiburg

ZInsO FOKUS – Sanierung in der Insolvenz

Krisen und Sanierung 1399
von Dr. Heinz Georg Bamberger, Neuwied am Rhein

Do's and Don'ts der Geschäftsführung bei ausgesetzter Insolvenzantragspflicht 1422
von Rechtsanwältin Katharina Gerdes, Rechtsanwalt Friedemann Schade und Rechtsanwalt Dominik Demisch, Hamburg/Berlin

ZInsO FOKUS – Rechtsprechungsreport

Kein Verbot der Vorausabtretung bei Direktversicherung zur betrieblichen Altersversorgung 1433
BGH, Urt. v. 20. 5. 2020 – IV ZR 124/19

(Anteilige) Haftung von GmbH-Geschäftsführer für Säumniszuschläge ab Insolvenzreife der Gesellschaft 1435
FG Berlin, Urt. v. 5. 9. 2019 – 9 K 9159/15

Zwangseinziehung oder Zwangsabtretung eines Gesellschaftsanteils für den Fall seiner Pfändung 1441
KG, Urt. v. 9. 3. 2020 – 2 U 80/19

Akteneinsicht des Gläubigers in Registerordner von vermögenslos gelöschter Gesellschaft (nur) bei berechtigtem Interesse 1443
KG, Beschl. v. 29. 7. 2019 – 22 W 34/19



41. Jahrgang
Heft 25–26
19. Juni 2020

Herausgeber:

Prof. Dr. Wolfgang Lüke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Gründungsherausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeyen
Prof. Dr. Christian Armbrüster
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel

Prof. Dr. Carsten Herresthal
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Jens Koch
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
Prof. Dr. Dirk A. Verse
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-Aktuell

BGH: EuGH-Vorlage zur Verfolgung von Verstößen gegen die DSGVO durch Verbraucherschutzverbände	A 49	Nr. 162
BGH: Automatische Verlängerung eines Makler-Alleinauftrags in AGB	A 49	Nr. 163
BFH zur Entfernungspauschale bei Rückweg an anderem Arbeitstag	A 49	Nr. 164
LAG Hamburg: Gewerkschaft DHV nicht mehr tariffähig	A 50	Nr. 165
RegE zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft	A 50	Nr. 166
BReg: Neuregelung der Insolvenzabsicherung im Pauschalreise-recht	A 50	Nr. 167

Aufsätze

<i>Robert Freitag</i> <i>David Lang, Erlangen-Nürnberg</i>	Offene Fragen von Legal and Illegal Tech nach der „wenigermiete.de-Entscheidung“ des BGH	1201
<i>Markus Wischemeyer</i> <i>Yassin Dimassi, Bochum/Dortmund</i>	Kontoführung und Insolvenzverfahren – Streitfragen und Lösungsvorschläge	1210
<i>Hermann Knott</i> <i>Martin Winkler, Köln</i>	Streitbeilegung bei M&A-Transaktionen – Es muss nicht immer ein Gericht sein	1219
<i>Jan-Henric M. Punte</i> <i>Pelle Klemens</i> <i>Yanick Sambulski, Hamburg</i>	Der „Mauracher-Entwurf“ zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – was lange währt, wird endlich gut?	1230

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

EuGH	4. 6. 2020 – Rs C-301/18	Kein Nutzungersatz bei Widerruf eines im Fernabsatz geschlossenen Darlehensvertrags („Leonhard“)	1235
------	--------------------------	--	------

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	28. 4. 2020 – II ZB 13/19	Eintragung einer gemeinnützigen UG (haftungsbeschränkt) mit „gUG (haftungsbeschränkt)“	1236
BGH	24. 9. 2019 – II ZR 248/17	Zur Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Zahlungen nach Insolvenzreife	1239
LG München I	26. 5. 2020 – 5 HK O 6378/20	Zur Untersagung der Abhaltung der im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie virtuellen Hauptversammlung einer AG per einstweiliger Verfügung	1241

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	9. 10. 2019 – VIII ZR 240/18 +	AGB in Auktionsbedingungen des als Kommissionär für Eigentümer tätigen Verkäufers mit Abkürzung der Verjährungsfrist für Sachmängelansprüche auf drei Monate	1243
-----	--------------------------------	--	------

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	7. 5. 2020 – IX ZB 84/19	Unzulässigkeit des Insolvenzantrags bei Verfolgung verfahrensfremder Zwecke (Firmenbestattung)	1250
BGH	30. 4. 2020 – IX ZR 162/16	Zur Insolvenzanfechtung von in den Haftungsverband eines Grundpfandrechts fallender Mietzahlungen an den Grundpfandgläubiger	1253

Arbeits- und Sozialrecht

BAG	10. 12. 2019 – 3 AZR 122/18 +	Zum Ausschluss der Anpassungsprüfungspflicht des Arbeitgebers für Betriebsrenten	1258
BAG	19. 12. 2019 – 8 AZR 2/19 +	Zur Diskriminierung eines Lehrers wegen seines Geschlechts (LS)	1268
LAG Berlin-Brandenburg	13. 12. 2019 – 12 Ta 2007/19	Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für Mindestlohnklagen (LS)	1268
ArbG Wesel	24. 4. 2020 – 2 BVGa 4/20	Kein Wegfall von Mitbestimmungsrechten wegen Corona-Pandemie (LS)	1268

Schriftleitung: Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (NYU) (V.i.S.d.P.),
Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M. (Wellington)

Redaktion: Dr. Sebastian Pech, LL.M. (Duke) (*leitender Redakteur*),
Nicole Bentin (*Redakteurin Rechtsprechung*), Florian Skupin (*Redakteur
Rezensionen*)

Redaktionsassistent: Dr. Pascal Oberndörfer

Anschrift der Redaktion:
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München,
Telefon (089) 29195470, Telefax (089) 29195480,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org, URL: http://www.urheberrecht.org/

Herausgeber: Prof. Dr. Albrecht Hesse, Prof. Roland Bornemann,
Dr. Tilo Gerlach, Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M., Dr. Harald
Heker, Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M., Prof. Dr. Johannes Kreile,
Dr. Urban Pappi, Dr. Robert Staats

Wiss. Beirat: Prof. Dr. Dieter Dörr, Guido Evers, Prof. Dr. Norbert
P. Flechsig, Prof. Dr. Günter Herrmann, Dr. Tobias Holzmüller,
LL.M. (NYU), Dr. Matthias Kirschenhofer, Prof. Dr. Reinhold Kreile,
Dr. Matthias Lausen, Dr. Michael Libertus, Prof. Dr. Ferdinand Melichar,
Prof. Dr. Wilhelm Nordemann, Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Prof. Dr.
Wolf-Dieter Ring, Dr. Martin Schaefer, Dr. Gernot Schulze, Prof. Dr.
Mathias Schwarz, Prof. Dr. Robert Schweizer, Peter-Christoph Weber

ZUM

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

64. Jahrgang · Heft 6/2020

ISSN 0177-6762

um

INSTITUT FÜR URHEBER-
UND MEDIENRECHT

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Professor Dr. Gerald Spindler

Neues zu (internationalen) Bewertungsportalen

Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteile vom 14.1.2020 – VI ZR 495/18 (ZUM 2020, 331),

VI ZR 496/18 (ZUM-RD 2020, 181) und VI ZR 497/18 (ZUM-RD 2020, 186) 433–440

Professor Dr. Hannes Ludyga, M.A.

Antisemitismus und Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts 440–447

Professor Dr. Sebastian Schunke

Wie klingt Europa? – Gibt es ein europäisch-juristisches Klangverständnis, das den klanglichen Realitäten

der Neuen Musik des 20. und 21. Jahrhunderts gerecht wird? 447–456

Zoé Zloch und Antonia Feneberg

Tipping Points – Zum Verhältnis von Freiheit und Restriktion im Urheberrecht

Tagungsbericht zur gleichnamigen Tagung des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft

in Kooperation mit dem Fachausschuss Urheberrecht der Gesellschaft für Musikwirtschafts- und
Musikkulturforschung am 20. und 21.2.2020 in Berlin 456–462

Dr. Jan Heerma

Vermietung ist keine Wiedergabe

Anmerkung zu EuGH, Urteil vom 2.4.2020 – C-753/18 – Stim u. a./Fleetmanager Sweden u. a. (ZUM 2020, 463) 466–468

Rechtsprechung

Vermietung von mit Radioempfangsgeräten ausgestatteten Fahrzeugen keine öffentliche Wiedergabe

EuGH, Urteil vom 2.4.2020 – C-753/18 – Stim u. a./Fleetmanager Sweden u. a. 463–466



Identifizierende Bildberichterstattung über ein verwaltungsgerichtliches Verfahren bei erheblichem Informationsinteresse der Öffentlichkeit	
BGH, Urteil vom 17.12.2019 – VI ZR 504/18 – OLG München	468–472
Identifizierende Verdachtsberichterstattung über ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren	
BGH, Urteil vom 17.12.2019 – VI ZR 249/18 – OLG Frankfurt am Main	472–477
Presseberichterstattung über private Chat-Beiträge	
OLG Karlsruhe, Urteil vom 13.2.2019 – 6 U 105/18	478–490
Unterlassungsanspruch gegen die Veröffentlichung eines Bildnisses als Teil einer identifizierenden Verdachtsberichterstattung	
OLG Köln, Urteil vom 21.2.2019 – 15 U 132/18	491–497
Informationszugang zu urheberrechtlich geschützten Antragsunterlagen in einem vereinfachten immissions-schutzrechtlichen Genehmigungsverfahren	
BVerwG, Urteil vom 26.9.2019 – BVerwG 7 C 1.18	497–503

Buchbesprechung

Astrid Auer-Reinsdorff/Isabell Conrad (Hrsg.), Handbuch IT- und Datenschutzrecht	
Professor Dr. Michael Grünberger, LL.M.	504–504

Schriftleitung

Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (V.i.S.d.P.), Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M.
 Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München
 Telefon: (089) 291954-70, Telefax: (089) 291954-80,
 E-Mail: redaktion@urheberrecht.org
www.urheberrecht.org

Erscheinungsweise

11 Ausgaben im Jahr mit einer Doppelnnummer

Bezugspreise 2020

Miniabo (4 Ausgaben) € 69,00 inkl. Vertriebskosten und Porto;
 Jahresabonnement € 385,00 zzgl. Vertriebskostenanteil € 24,00 plus Direktbeorde-
 rungsgebühr Inland € 5,80 p.a.
 Jahresabonnement für ZUM und ZUM-RD im Kombinationsangebot € 535,00 zzgl.
 Vertriebskostenanteil € 48,00 plus Direktbeorderungsgebühr Inland € 11,60 p.a.
 Einzelpreis: € 40,00
 Alle Preise verstehen sich inkl. MWSt.
 Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vor-
 zugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben
 werden.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesell-
 schaft Baden-Baden

Kündigungsfrist

Jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe:
 BLZ: 660 100 75 Konto Nr.: 73636751 IBAN: DE07.6601.0075.0073.6367.51 BIC:
 PBNKDEFF oder Stadtparkasse Baden-Baden: BLZ: 662 500 30 Konto Nr.:
 5002266 IBAN: DE05.6625.0030.0005.0022.66 BIC: SOLA DE 51 BAD

Druck und Verlag

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3–5, 76530 Baden-Ba-
 den, Telefon: (0 72 21) 21 04-0, Telefax: (0 72 21) 21 04 27
 E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagsdienstleistungen, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn,
 Telefon: (0228) 97898-0, Telefax: (0228) 97898-20, E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen
 sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Ur-
 heberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.
 Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen,
 Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen
 Systemen.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buch-
 handels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. Printed in Germany

ISSN 0177-6762

Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar	M4
<i>Fabian Seip</i>	
Aktuelle Rechtsprechung	M6
Kurzbeiträge	M8
Anhängige Verfahren	M13
Meldungen	M14
Standpunkte	M18
<i>Alexander Bissels/Kira Falter</i>	
Blick ins Corona-Spezial	M20
Impressum	M22
Worte der Woche	M24

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/IFRS/Rechnungslegung

Virales Kurzarbeitergeld - Gesetzliche Voraussetzungen und bilanzielle Behandlung

RA Dr. Hanno Rädlein / RAin Simone Windeisen / WP Dr. Christoph Eppinger / WP Julian Kübler, alle Stuttgart

DB1335824 (Kurzfassung vgl. S. M8)

S. 1297

STEUERRECHT

AUFSATZ

Gewinnermittlung

Die zeit-inkongruente Gewinnabrede bei der GmbH als steuerliches Gestaltungsinstrument in der Unternehmensnachfolge

StB Dipl.-Kfm. Dr. iur. Ludger-H. Hermes, LL.M., Oldenburg

DB1332164 (Kurzfassung vgl. S. M9)

S. 1302

Internationales Steuerrecht

Steuerliche Berücksichtigung ausländischer Quellensteuern auf Lizenzerlöse

Dipl.-Fw. (FH) Florian Becker, Koblenz

DB1333415 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 1311

KOMPAKT

Körperschaftsteuer

Abzugsfähigkeit finaler ausländischer Betriebsstättenverluste

RiFG Prof. Dr. Volker Kreft, Hannover

DB1331196

S. 1313

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Konsultationsvereinbarung betreffend die steuerliche Behandlung des Arbeitslohns sowie staatliche Unterstützungsleistungen an unselbstständig Erwerbstätige während der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie

BMF, Schreiben vom 12.06.2020

DB1337346

S. 1314

Kapitalertragsteuer

Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. (Frankreich) im Jahr 2019

BMF, Schreiben vom 11.06.2020

DB1337345

S. 1316

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten (hier: Räumung eines Baustellenlagers und Rücktransport des Materials)

BFH, Urteil vom 22.01.2020 - XI R 2/19

DB1337347

S. 1317

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Berechnung der Entfernungspauschale bei Hin- und Rückweg an unterschiedlichen Arbeitstagen

BFH, Urteil vom 12.02.2020 - VI R 42/17

DB1337348

S. 1320

Umsatzsteuer

EuGH-Vorlage zur Dokumentation der Ausübung des Zuordnungswahlrechts

BFH, Beschluss vom 18.09.2019 - XI R 3/19

DB1326153

S. 1323

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Aktienrecht

Gesellschaftsrechtliche Aspekte der Stabilisierung von Unternehmen der Realwirtschaft

Prof. Dr. Ulrich Noack, Düsseldorf

DB1337306 (Kurzfassung vgl. S. M11)

S. 1328

KOMPAKT

GmbH-Recht

Zulässige Eintragung gemeinnütziger Unternehmergesellschaft im Handelsregister mit „gUG (haftungsbeschränkt)“

RA Dr. Philipp Wösthoff, Frankfurt/M.

DB1337343

S. 1334

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht

GmbH-Gesellschafterliste: Zur Pflicht der Angabe einer Veränderungsspalte

OLG Hamm, Beschluss vom 06.04.2020 – 27 W 26/20

DB1337343

S. 1335

Insolvenzrecht

Vorsatzanfechtung: Zum Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners bei Zahlung von Mieten an den Grundpfandgläubiger

BGH, Urteil vom 30.04.2020 – IX ZR 162/16

DB1336882

S. 1335

Insolvenzrecht

Unzulässigkeit eines Insolvenzeröffnungsantrags mit dem Ziel einer Firmenbestattung

BGH, Beschluss vom 07.05.2020 – IX ZB 84/19

DB1336678

S. 1340

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitszeitrecht

Arbeitszeiterfassung: Keine Aufzeichnungspflichten unmittelbar aus Art. 31 Abs. 2 GrCh!

Prof. Dr. Gregor Thüsing, LL.M. (Harvard), Bonn

DB1336268 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 1343

KOMPAKT

Arbeitszeitrecht

Besteht schon heute eine Pflicht zur Arbeitszeiterfassung?

RAin/FAinArbR Doreen Methfessel / RA Peter Weck, beide Düsseldorf

DB1334971

S. 1346

Urlaubsrecht/Verfahrensrecht

Unzulässige Feststellungsklage im Urlaubsrecht

RA Dr. Peter Körlings, Hamburg

DB1333534

S. 1348

Gleichbehandlung

Schadensersatz für homophobe Einstellungspolitik auch ohne konkrete Diskriminierungshandlung

Stephan Sura, Köln

DB1334476

S. 1349

Betriebsverfassungsrecht

Arbeitnehmer vor dem BEM-Fallgespräch auf jeden Fall auf die Möglichkeit der Hinzuziehung von Interessenvertretern hinweisen!

RAin Nathalie Kibler, Hamburg

DB1331711

S. 1350

Betriebliche Altersversorgung

Entfallen der Anpassungsprüfungspflicht bei Verwendung der Überschussanteile zur Rentenerhöhung

RiArbG a.D. Dr. Volker Mattheißen, Offenbach/M.

DB1334050

S. 1351

ifst

Institut Finanzen und Steuern

Verrechnungspreise im Lichte der Corona-Pandemie – Kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven

Dr. Björn Heidecke, Jobst Wilmanns

DIE NEUE IFST-SCHRIFT

NR. 535 IST AB SOFORT IM EINZELBEZUG ERHÄLTlich

ISBN 978-3-89737-197-2

15,00 € inkl. USt, zzgl. Versand

© Institut Finanzen und Steuern e.V.

Einzelbezug über

www.der-betrieb-shop.de/ifst

kundenservice@fachmedien.de

Tel.: 0800 00 01 637

Fax: 0800 00 02 959

www.ifst.de



Abonnenten von DER BETRIEB wird ein Rabatt in Höhe von 20% eingeräumt.

Inhaltsverzeichnis

Benedikt Kommenda	4
„Aufsichtsräten fehlen oft Informationen für ein wirksames Risikomanagement“ Interview mit Dr. Martin Langer	
Susanne Kalss	7
COVID-19 – ein Digitalisierungs- und Modernisierungsschub für alle Gesellschaftsformen	
Jakob Deutsch	7
Virtuelle Beschlussfassung in der GmbH nach dem COVID-19-GesG	
Florian Ebner / Alexander Leonhartsberger	10
Beschlussfassungen in der Aktiengesellschaft nach dem COVID-19-GesG	
Melanie Hollaus	15
Virtuelle Beschlussfassung in der Genossenschaft nach dem COVID-19-GesG	
Jakob Jaritz / Sophie Natlacen	18
COVID-19 und die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	
Sandra Maier	21
Die neue Gesetzgebung zu COVID-19 in der OG und KG	
Veronika Kubasta	24
COVID-19 und die Privatstiftung	
Julia Nicolussi	26
Virtuelle Vereinsversammlungen nach dem COVID-19-Regime	
Gerald Moser	30
COVID-19-Gesetze sehen zahlreiche Fristerstreckungen und die Möglichkeit virtueller Versammlungen im Gesellschaftsrecht vor	
Andreas Mitterlehner / Max Panholzer	36
Was ist bei Gewinnausschüttungen in der Krise zu beachten?	
Alfred Berger	42
Aufsichtsrats- und Vorstandsstudie 2020: Die Rolle(n) im Aufsichtsrat	
Michael Mahlknecht	46
Jedes Unternehmen kann ein Finanzdienstleister sein (Teil II)	
Josef Fritz	50
Der 20er-Aufsichtsrat – Professionalität im Jahr 2020 (Teil II)	
Johannes Peter Gruber	55
Die Privatstiftung nach dem Tod des Stifters	
Michael Barnert	56
Literaturrundschau	



Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 19/2020

Inhalt

Aufsätze		<i>J. Lieder/Th. Hoffmann</i> , Die PartG mbB als nunmehr dominierende Partnerschaftsgesellschaftsform	721
		<i>K. Hasselbach/M. Alles</i> , Die Verpflichtungserklärung gegenüber dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds – Vorstandshandeln im Grenzbereich zwischen unternehmerischer Verantwortung und staatlicher Regulierung	727
		<i>Ph. Scholz</i> , Freistellung von Bußgeldern ohne Hauptversammlungsbeschluss durch Kooperationsvereinbarungen? – Zugleich Replik zu Weber/Schäfer, NZG 2020, 407	734
Literatur		H. Gummert, Münchener Anwaltshandbuch Personengesellschaftsrecht (Red.)	739
Rechtsprechung			
		<i>Personengesellschaftsrecht</i>	
BGH	18. 10. 19 – VZR 286/18	Befugnis eines Verwalters einer WEG zum Vergleichsabschluss im anwaltsgeführten Beschlussanfechtungsverfahren – „Ausscheren“ einzelner Wohnungseigentümer im laufenden Prozess	740
OLG Nürnberg	23. 12. 19 – 9 WF 1037/19	Erteilung einer familiengerichtlichen Genehmigung der Übertragung einer atypischen stillen Beteiligung auf einen Minderjährigen	745
		<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>	
KG	24. 4. 20 – 22 W 16/18	Keine Aufnahme einer Gesellschafterliste in den Registerordner mit demselben Gesellschafterbestand wie in der letzten Liste	746
OVG Münster	15. 11. 19 – 14 B 1443/19	Steuerrechtliche Pflichten des Vertreters einer GmbH bei drohender Zahlungsunfähigkeit	747
		<i>Kapitalmarktrecht</i>	
VGH Mannheim	3. 4. 20 – 6 S 1637/19	Kein Recht einzelner Anleger auf Aussetzung des Börsenhandels (Ls.)	749
		<i>Genossenschaftsrecht</i>	
OLG Bamberg	25. 3. 20 – 4 W 21/20	Vertretung einer eingetragenen Genossenschaft – Ermächtigung einzelner Vorstandsmitglieder gem. § 25 III 1 GenG	749
		<i>Handels- und Registerrecht</i>	
OLG Düsseldorf	19. 2. 20 – I-3 Wx 21/20	Verpflichtung des Gesellschafters zur Bezifferung der Einlageleistung für jeden einzelnen Geschäftsanteil	750

BGH	12. 3.20 – IX ZR 125/17	Unternehmerische Entscheidungen des Insolvenzverwalters bei Betriebsfortführung – Keine Anwendung der Business Judgement Rule	751
-----	-------------------------	---	-----

BFH	3. 12. 19 – VIII R 34/16	Steuerbarkeit des Entzugs von Aktien aufgrund einer Kapitalherabsetzung auf Null (Ls.)	760
BFH	18. 9. 19 – XI R 33/18	Grundsätzlich keine Geschäftsveräußerung trotz vollständiger Übertragung der Anteile an einer GmbH – mögliche Geschäftsveräußerung bei Begründung einer Organschaft (Ls.)	760
FG Münster	27. 2. 20 – 3 K 3593/16 F	Stiftung & Co. KG keine gewerblich geprägte Personengesellschaft (Ls.)	760

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0; Telefax: (0 69) 75 60 91-49; E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht

zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.

Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-604, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Mehlning*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2020: Jährlich € 449,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 409,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 16,- (inkl. MwSt.). **Versandkosten** jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.



Newsline		
	<i>Franz Rudorfer</i> _____	363

Neues in Kürze		
	<i>Dominik Damm</i> _____	382

Börseblick – Ungewissheit prolongiert		
	<i>Horst Simbürger</i> _____	384

ABHANDLUNGEN

Gewinnausschüttungen während der COVID-19-Krise		
	<i>Markus Fellner / Friedrich Rüdfler / Roswitha Seekirchner</i> _____	385

Die Faustpfandpublizität im IPR		
	<i>Florian Heindler</i> _____	395



BERICHTE UND ANALYSEN

Chancen und Risiken der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Kreditinstitute		
	<i>Gerd Waschbusch / Sabrina Kiszka / Jonas Hollinger</i> _____	406

Was ist eigentlich ... Nudging?		
	<i>Ewald Judt / Claudia Klausegger</i> _____	416

RECHTSPRECHUNG DES OGH

	2672. Zu Vorteilsanrechnung und Mitverschulden bei geschlossenen Schiffsfonds. OGH 16. 12. 2019, 7 Ob 106/19t _____	418
	2673. Zur Kausalität bei der Prospekthaftung. OGH 22. 1. 2020, 3 Ob 239/19x _____	421
	2674. (Keine) Schadenersatzansprüche wegen zu niedrigen Liegenschaftsverkaufserlöses. OGH 22. 1. 2020, 3 Ob 140/19p _____	423
	2675. Abschreibung von Grundstücksteilen ohne Zustimmung der Nacherben. OGH 27. 11. 2019, 5 Ob 131/19d _____	424
	2676. Zur nachträglichen Zurückziehung eines Antrags auf Überlassung nach § 119 IO. OGH 16. 12. 2019, 8 Ob 81/19y _____	426
	2677. Zur Unterbrechungswirkung der Verbesserung einer Anfechtungsklage. OGH 20. 11. 2019, 17 Ob 21/19s _____	427
	2678. Keine einseitige Begründung von Veräußerungs- und Belastungsverboten. OGH 16. 1. 2020, 5 Ob 211/19v _____	428
	2679. Einlagenrückgewähr: Rückzahlung eines Gesellschafterkredits. OGH 23. 1. 2020, 6 Ob 13/20k _____	429

ERKENNTNISSE DES VwGH

	252. Nochmals: § 35 Abs 1 und Abs 2 FM-GwG enthalten unterschiedliche Tatbestände. VwGH 27. 1. 2020, Ra 2019/02/0185 _____	429
	253. VwGH bejaht Sachentscheidungspflicht des Verwaltungsgerichts gem § 50 VwGVG im Überprüfungsverfahren nach § 37 FM-GwG. VwGH 12. 2. 2020, Ra 2019/02/0179 _____	429

ERKENNTNISSE DES EuGH

98. Im Rahmen eines europäischen Mahnverfahrens muss ein Gericht die Möglichkeit haben, vom Gläubiger weitere Angaben zu den die Forderung begründenden Vertragsklauseln zu verlangen, um amtswegig eine Missbräuchlichkeitskontrolle durchführen zu können.
EuGH (1. Kammer) 19. 12. 2019, C-453/18 und C-494/18, Bondora AS/Carlos V. C., XY __ 432
99. Der effektive Jahreszinssatz ist in einem Verbraucherkreditvertrag jedenfalls durch einen einheitlichen Satz und nicht durch eine Marge anzugeben.
EuGH (6. Kammer) 19. 12. 2019, C-290/19, Home Credit Slovakia a.s./Klára Bíróová ____ 435

AUSSCHREIBUNG ZFR-AWARD 2020 _____ 438

35. WORKSHOP DER AWG – CALL FOR PAPERS _____ 439

FACHLITERATUR _____ 440

In diesem Heft inserieren: Bank Verlag Wien, 417; Erste Bank der oesterr. Sparkassen AG, U 3; Linde Verlag, S. 381, 384; OeKB, U 2.

Die Inhalte des Österreichischen BankArchivs sind in folgenden Fachdatenbanken verfügbar:

LexisNexis® Online – www.lexisnexus.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2002);
Lindeonline – www.lindeonline.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2009);
RDB Rechtsdatenbank – www.rdb.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003);
RIDA Rechts-Index-Datenbank – www.rida.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003).

IMPRESSUM

Das Bank-Archiv ist eine unabhängige Fachzeitschrift für das gesamte Geld-, Bank- und Börsenwesen mit dem Ziel der Veröffentlichung einschlägiger Informationen für Wissenschaft und Praxis. Es wurde 1953 von o. Univ.-Prof. Dr. h.c. Dr. Hans Krasensky als Österreichisches Bank-Archiv begründet und wird seit 1988 als Bank-Archiv geführt (Zitierweise ÖBA). Für den Inhalt der einzelnen Beiträge tragen ausschließlich die Autoren die wissenschaftliche Verantwortung. Das Bank-Archiv veröffentlicht ausschließlich Originalmanuskripte. Manuskripte sind an die Redaktion, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, zu senden. Die Autoren verpflichten sich mit der Einreichung der Manuskripte, diese bis zur Entscheidung über die Annahme nicht anderweitig zur Veröffentlichung anzubieten. Für unaufgefordert eingereichte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Für die Manuskriptrichtlinien siehe <http://www.bvwg.at> > Bank Verlag > ÖBA > Autoren-Richtlinien – Als Abhandlungen gekennzeichnete Beiträge unterliegen ausnahmslos dem international üblichen Double-Blind-Review-Verfahren.

Eigentümer und Herausgeber: Österreichische Bankwissenschaftliche Gesellschaft, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, Tel.: +431 / 533 50 50, Fax: +431 / 533 50 50 33, e-mail: office@bvwg.at – Schriftleitung: Dr. Markus Bunk – Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Peter Bydliński; Univ.-Prof. Dr. Markus Dellinger; Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss; RA Dr. Markus Kellner; Prof. (FH) Mag. Otto Lucius; ao. Univ.-Prof. Dr. Roland Mestel; RA Priv.-Doz. MMag. Dr. Martin Oppitz; Univ.-Prof. Dr. Stephan Paul; Univ.-Prof. Dr. Stefan Pichler; RA Univ.-Prof. Dr. Christian Rabl; Univ.-Prof. Dr. Alexander Schopper; Univ.-Prof. Dr. Martin Spitzer; Univ.-Prof. Dr. Peter Steiner; Univ.-Prof. Dr. Karl Stöger – Herausgeberbeirat: Univ.-Prof. Dr. Matthias Bank, CFA; Hofrätin des OGH Hon.-Prof. Dr. Wilma Dehn; Prof. Dr. Andreas Dombret; Präsidentin des OGH i.R. Hon.-Prof. Dr. Irmgard Griss; Dir. Univ.-Prof. Dr. Andreas Grünbichler; Univ.-Prof. Dr. Michael Hanke; Prof. (FH) Dr. Armin Kammel, LL.M. (London), MBA (CLU); Hon.-Prof. Dir. Dr. Bernhard Koch; o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. Helmut Koziol; Univ.-Prof. Dr. Brigitta Lurger.

Verleger: (Offenlegung gem. § 25 Abs 1 bis 3 Mediengesetz) LINDE VERLAG Ges.m.b.H., Scheydgasse 24, A 1210 Wien, Tel.: +43 1 24 630 Serie. Gesellschafter: Die Verlassenschaft nach Herrn Axel Jentsch (mit 99%) und Mag. Andreas Jentsch (mit 1%). Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr / Bank Verlag Wien, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien. Unternehmensgegenstand: Verlag wissenschaftlicher Bücher und Zeitschriften, insb. der Zeitschrift BankArchiv, der Bankwissenschaftlichen Schriftenreihe und der Diskussionsreihe Bank & Börse. Der Bank Verlag Wien ist eine Abteilung der Österreichischen Bankwissenschaftlichen Gesellschaft, gemeinnütziger Verein. Geschäftsführer: Dr. Markus Bunk, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, Tel.: +43 1 533 50 50 – **Herstellung:** Satz: Dipl.-HTL-Ing. Franz König, BED, Niederreiterberggasse 13/2/1, A 1230 Wien, Tel.: 0664/735 88 450; Druck: novographic Druck GmbH., Walter-Jurmann-Gasse 9, A 1230 Wien, Tel.: 01/888 26 73.

Bestellinformation: ISSN 1015-1516. Erscheinungsweise: monatlich. Bestellungen nehmen jede Buchhandlung oder der Linde Verlag entgegen. Jahresabonnement 2020: € 286 inkl. 10% Mehrwertsteuer zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement automatisch zu den jeweils gültigen Konditionen auf ein Jahr weiter. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrganges möglich und müssen bis jeweils spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Anzeigenaufträge werden vom Linde Verlag, Fr. Hladik, Tel.: +431 24 630-19, E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at, entgegengenommen.

Urheberrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe insbesondere durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen, im Magnettonverfahren oder auf elektronischem, digitalem oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Für den Fall der Annahme und Veröffentlichung des eingereichten Manuskriptes geht das zeitlich und räumlich unbeschränkte, ausschließliche Werknutzungsrecht für alle Sprachen vom Autor/von den Autoren an den Verlag über. Dies gilt insbesondere für das Recht auf Vervielfältigung in allen technischen Verfahren, der Verbreitung, öffentlichen Wiedergabe und Verwertung in jedweder, auch elektronischer Form. Letztere schließt insbesondere das Recht der Speicherung in Datenbanken, der Vervielfältigung auf Speichermedien aller Art, der Ausgabe aus Datenbanken in allen Formen einschließlich der Sendung sowie der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer von Datenbanken ein. Die Einreichung des Manuskriptes gilt als diesbezügliche Erklärung des Einverständnisses zur Einräumung sämtlicher Rechte durch den Autor/die Autoren. Bei Beiträgen von Arbeitsgruppen wird vorausgesetzt, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Einräumung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem für Artikel und druckfertige Entscheidungen an den/die Verfasser zu vom Eigentümer und Herausgeber festgesetzten Sätzen geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Zugleich erlischt damit die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres. Dieser Zeitraum gilt keinesfalls für die Verwertung durch Datenbanken.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, des Herausgebers oder der Autoren ausgeschlossen ist. Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Waren- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Es wird weiterhin auf die AGB für Zeitschriftenautoren des Linde Verlags verwiesen (www.lindeverlag.at/agb): Die Autorin bzw. der Autor räumt dem Linde Verlag für die Dauer des Vertrages alle durch die Verwertungsgesellschaft Literar Mechana wahrgenommenen Rechte und gesetzlichen Vergütungs- und Beteiligungsansprüche nach deren Satzung, Wahrnehmungsvertrag und Verteilungsplan zur gemeinsamen Einbringung ein. Der Autor ist damit einverstanden, dass der Linde Verlag den ihm nach den jeweils geltenden Verteilungsplänen der Verwertungsgesellschaft Literar Mechana zustehenden Verlagsanteil direkt ausgezahlt erhält, wobei sich der Autor verpflichtet, der Literar Mechana gegenüber die Rechteinräumung an den Linde Verlag bei der Werkmeldung zu bestätigen. Der Anteil des Autors bleibt davon unberührt. Für die Auszahlung und Abrechnung der durch die Verwertungsgesellschaften wahrgenommenen Rechte und gesetzlichen Vergütungs- und Beteiligungsansprüche gelten deren Verteilungsbestimmungen.

Das ÖBA richtet sich an Leser beiderlei Geschlechts. Der einfacheren Lesbarkeit halber wird die männliche Form verwendet.

49. Jahrgang / Juni 2020 / Nr. 3

Der Gesellsch

Zeitschrift für Gesellschafts- und Unter

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DS-Z288

Herausgegeben von
Nikolaus Arnold und Susanne Kalss

GesRZ

Susanne Kalss

Vollmachtsmissbrauch bei der organschaftlichen Vollmacht

Martin Karollus

Kapitalerhöhungen bei wechselseitiger Beteiligung

Veronika Kubasta

Adoptionsklauseln im Gesellschafts- und Stiftungsrecht

Rahim Rastegar

Sittenwidrige Gesellschafterbeschlüsse

Gabriel Ebner

Die Verletzung von Zustimmungsvorbehalten

Dominik Pflug

Finanzstrafrechtliche Verurteilung des Geschäftsführers

Anton Fischer

Gläubigerschutz bei grenzüberschreitenden Umgründungen

Aus der aktuellen Rechtsprechung

OGH-Entscheidungen zum Firmenbuch, zu Kapitalgesellschaften
und zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Unternehmensrecht aktuell

Wichtige Gesetzesvorhaben im Überblick
Österreichische und europäische Finanzmarktaufsicht

Inhalt

NIKOLAUS ARNOLD	
Whistleblower-Richtlinie und Gold Plating	153
THOMAS BARTH / SOPHIE NATLACEN	
Unternehmensrecht aktuell	155
SUSANNE KALSS	
Vollmachtsmissbrauch bei der organschaftlichen Vollmacht – Handlungspflichten für die Organe	158
MARTIN KAROLLUS	
Wider die Mehrleistungstheorie für Kapitalerhöhungen bei wechselseitiger Beteiligung!	169
VERONIKA KUBASTA	
Kinder zweiter Klasse? Zur Zulässigkeit statutarischer Gestaltungen zulasten von Adoptivkindern im Gesellschafts- und Stiftungsrecht	179
RAHIM RASTEGAR	
Sittenwidrige Gesellschafterbeschlüsse	185
GABRIEL EBNER	
Der Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens und die Verletzung von Zustimmungsvorbehalten	191
DOMINIK PFLUG	
Auswirkungen von finanzstrafrechtlichen Verurteilungen auf den unternehmensrechtlichen sowie gewerberechtigten Geschäftsführer	196
ANTON FISCHER	
Grenzüberschreitende Umgründung und Sicherstellung von Gläubigeransprüchen	199

Aus der aktuellen Rechtsprechung

OGH	
Eintragung eines Gesellschafter- und Geschäftsführerwechsels in das Firmenbuch	203
Neufassung eines GmbH-Gesellschaftsvertrages	206
GmbH: Verbotene Einlagenrückgewähr	208
GmbH: Beschlussfeststellungsklage, Gemeinschaftsunternehmen, Kartellrecht	210
Auskunft und Bucheinsicht bei einer GesBR	221

Impressum

Periodisches Medienwerk: Der Gesellschafter – Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht. „Der Gesellschafter“ ist zu zitieren: GesRZ Kalenderjahr, Seite. Grundlegende Richtung: Diese Fachzeitschrift befasst sich mit Problemen auf allen Gebieten des Gesellschafts- und Unternehmensrechts anhand von Theorie und Praxis. Sie erscheint sechsmal jährlich, und zwar im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Jahresabonnement 2020 Print & Online: € 215,- inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes: € 45,10 inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement um jeweils ein Jahr zu den jeweils gültigen Konditionen weiter. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrganges möglich und müssen bis spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Verlages gestattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, der Herausgeber oder der Autoren ausgeschlossen ist.

Für Publikationen in den Fachzeitschriften des Linde Verlags gelten die AGB für Autorinnen und Autoren (abrufbar unter <https://www.lindeverlag.at/agb>) sowie die Datenschutzerklärung (abrufbar unter <https://www.lindeverlag.at/datenschutz>).

ISSN 0250-6440

Herausgeber und Redaktion:

Rechtsanwalt Dr. Nikolaus Arnold,
1010 Wien, Wipplingerstraße 10
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss, LL.M.,
1020 Wien, Institut für Unternehmensrecht,
WU, Welthandelsplatz 1
E-Mail: gesrz@lindeverlag.at

Medieninhaber und Medienunternehmen:

Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24
Telefon: 24 630 Serie
Telefax: 24 630-23 DW
E-Mail: office@lindeverlag.at
<http://www.lindeverlag.at>
DVR 0002356

Rechtsform der Gesellschaft: Ges.m.b.H.
Sitz: Wien, Firmenbuchnummer 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr.: 3993
Gesellschafter: Anna Jentzsch (35 %) und
Jentzsch Holding GmbH (65 %)
Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr
P. b. b. – Verlagspostamt 1210 Wien –
Erscheinungsort Wien

Anzeigenverkauf und -beratung:
Gabriele Hladik, Tel.: +43 1 24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at
Martin Moser, Tel.: +43 676 410 36 05
E-Mail: moser@mediaprojekte.at

Herstellung
jentzsch
www.jentzsch.at

Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH
1210 Wien, Scheydgasse 31,
Tel.: 01/ 278 42 16-0; E-Mail: office@jentzsch.at;
mehrfach umweltzertifiziert
(<http://www.jentzsch.at>)

In Kooperation mit:

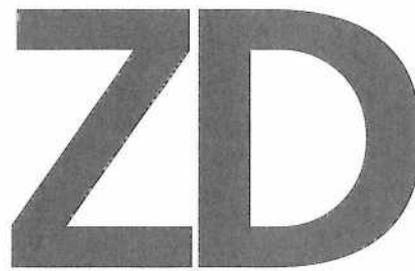
bitkom - Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.

BvD - Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands e.V.

davit im DAV - Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im Deutschen Anwaltverein

eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.

VAUNET - Verband Privater Medien



ZEITSCHRIFT FÜR DATENSCHUTZ

INHALT

7/2020 Seiten 329–380

	Editorial
Tracing	329 Christof Tschohl Die „Stopp Corona“-App des Österreichischen Roten Kreuzes – Erfahrungsbericht über ein DS-GVO-Leuchtturmprojekt
	Beiträge
Big Data	331 FRANZ HOFMANN / FELIX FREILING Personalisierte Preise und das Datenschutzrecht. Anforderungen an die datenschutzrechtliche Einwilligung
Gesundheitsdaten	336 BJÖRN STEINRÖTTER Datenschutzrechtliche Implikationen beim Einsatz von Pflegerobotern. Frühzeitig eingeholte Einwilligungen als Schlüssel für zulässige Geriatronik-Anwendungen
Geodaten	341 SEBASTIAN BRETTHAUER / AMANCAYA ANDREA SCHMITT Privatsphärengerechte intelligente Mobilitätssteuerung im Straßenverkehr. Einsatz von Big Data zur Stauvermeidung
Privacy by Design	348 TOBIAS S. POTTHOFF Risiken für DS-GVO-Verantwortliche im Einkaufsverhältnis mit Produzenten. EDSA-Leitlinien zu Art. 25 DS-GVO auf dem Prüfstand
Datenschutzniveau	351 THOMAS HOEREN / STEFAN PINELLI Das neue brasilianische Datenschutzrecht. Eine kritische Betrachtung im Vergleich mit der DS-GVO
	Rechtsprechung
Überwachung	355 ÖOGH: Unzulässige Verwendung von GPS-Ortungssystemen in Dienstfahrzeugen Urteil vom 22.1.2020 – 9 ObA 120/19s m. Anm. MESSNER / MOSING
Datenauskunft	358 OLG Köln: Gerichtsstand für Klage gegen Insolvenzverwalter auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO Beschluss vom 29.1.2020 – 8 AR 10/20
Aufbewahrungsfrist	359 BayObLG: Kein Anspruch auf Datenberichtigung und -löschung gegen Staatsanwaltschaft Beschluss vom 27.1.2020 – 203 VAs 1846/19
Öffnungsklausel	359 OLG Hamburg: Anwendungsbereich des § 13 TMG durch DS-GVO verdrängt Hinweisbeschluss vom 10.12.2019 – 15 U 148/19
Kenntnisnahme	361 LG Bonn: Verpflichtung zur Überwachung einer möglichen Kommunikation über WhatsApp Urteil vom 31.1.2020 – 17 O 323/19
Datenübermittlung	362 AG Köln: EuGH-Vorlage zur PNR-Fluggastdatenübermittlung Beschluss vom 20.1.2020 – 142 C 330/19

Sachkunde	364 LAG Mecklenburg-Vorpommern: Abberufung eines Datenschutzbeauftragten Urteil vom 25.2.2020 – 5 Sa 108/19 m. Anm. EUFINGER
Anonymisierte Bilder	368 ArbG Wesel: Mitbestimmungswidrige Kameraüberwachung zur Corona-Abstandsmessung Beschluss vom 24.4.2020 – 2 BVGa 4/20 m. Anm. TIEDEMANN
Auskunftsanspruch	372 SG Frankfurt/O.: Kein Anspruch auf bestimmte Maßnahme der Datenschutzaufsichtsbehörde Gerichtsbescheid vom 8.5.2019 – S 49 SF 8/19 DS
Steuergeheimnis	372 FG Niedersachsen: Einkommensteuerakteneinsicht nach Art. 15 DS-GVO Urteil vom 28.1.2020 – 12 K 213/19
Sperrklärung	373 BVerwG: Umfang des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen Beschluss vom 5.3.2020 – 20 F 3.19
Informationsfreiheitsrecht	374 BVerwG: Informationszugang von Insolvenzverwaltern zu steuerlichen Daten der Finanzbehörden Beschluss vom 4.7.2019 – 7 C 31.17
Gesundheitsdaten	376 VG Mainz: Datenübermittlung an Inkassounternehmen durch Tierarzt Urteil vom 20.2.2020 – 1 K 467/19.MZ m. Anm. BLASEK
Steuerdaten	380 OVG Lüneburg: Kein Auskunftsanspruch zu beim Finanzamt gespeicherten personenbezogenen Daten des Insolvenzschuldners Beschluss vom 26.6.2019 – 11 LA 274/18 (Ls.)
Zivilstandsregister	380 VGH Baden-Württemberg: Berichtigung des Melderegisters Urteil vom 10.3.2020 – 1 S 397/19 (Ls.)
Abmeldung	380 VG Bremen: Berichtigung des Melderegisters Beschluss vom 21.4.2020 – 2 V 164/20 (Ls.)

III-IV Inhalt

V-XVII ZD-Fokus

XVII Impressum

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen von:

WEKA Akademie GmbH, Wiesbaden

Verlag C.H.BECK oHG, München

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Moderne Rechtsdienstleistung	Editorial 353 ALISHA ANDERT Deutschland braucht einen Legal-Tech-Verband!
Corona-App	Beiträge 355 JOHANNES MÜLLER Nutzung von Mobildaten zur Eindämmung der Pandemie. Anforderungen an eine datenschutzrechtsverträgliche technische Gestaltung
Softwarerecht	360 PHILIPP ETZKORN Bedeutung der „Entwicklungslücke“ bei selbstlernenden Systemen. Rechtliche Fragen zur fortdauernden Softwareentwicklung durch maschinelles Lernen im Praxiseinsatz
IT-Vertrag	366 MORITZ PHILIPP KOCH / GABRIELA SIEGMUND Etablierung eines zentralen Lieferantenmanagements bei öffentlichen Auftraggebern. Möglichkeiten und Grenzen eines strategischen Sourcings
Streaming- und Informationsdienste	370 CARSTEN SIARA Der Medienstaatsvertrag und die „neuen“ Medien. Rundfunk und rundfunkähnliche Telemedien im Internet
Cybercrime	373 CHRISTIAN RÜCKERT / THOMAS GÖGER Neue Waffe im Kampf gegen Kinderpornografie im Darknet. Neuregelung von § 184b Abs. 5 S. 2 StGB und § 110d StPO
Vergütungsanspruch	Rechtsprechung 379 EuGH: Keine öffentliche Wiedergabe durch Vermietung von mit einem Radio ausgestatteten Pkw Urteil vom 2.4.2020 – C-753/18 – Stim und SAMI
Online-Marktplatz	380 EuGH: Keine Verletzung bei bloßer Lagerung von markenrechtsverletzenden Waren auf Amazon Marketplace Urteil vom 2.4.2020 – C-567/18 – Coty Germany/Amazon Services Europe Sàrl u.a.
Gefällt-mir-Button	382 Schweiz. BGer: Ehrverletzung durch Liken und Teilen auf Facebook Urteil vom 29.1.2020 – 6 B_1114/2018
E-Mail-Dienst	384 BGH: Werbung im Posteingang-Ordner eines kostenlosen E-Mail-Anbieters – Inbox-Werbung Beschluss vom 30.1.2020 – I ZR 25/19
Richtigstellungsanspruch	387 BGH: Haftung des Betreibers eines Internet-Bewertungsportals – Yelp Urteil vom 14.1.2020 – VI ZR 496/18
Werbefinanzierte Seiten	391 BGH: Kartellrechtliche Zulässigkeitsgrenzen von Werbeblockern Urteil vom 10.12.2019 – KZR 57/19